

Ercheint täglich
nachmitt. mit Ausnahme
von Sonn- und Feiertagen.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1,50 Mk.
halbjährlich 2,70 Mk.
jährlich 4,80 Mk.
Durch die Post bezogen
1,50 Mk. inkl. Verlagsz.

Die Neue Welt!
(Unterhaltungsbeilage),
durch die Post nicht bezog-
bar, kostet monatlich 30 Pf.
vierteljährlich 90 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegraphen-Nr. 1047.
Postabteilung Halle/Saale



Infektionsgebühr
beträgt für die obligatorische
Polizeiprüfung im Raum
80 Pfennig.
für auswärtige Anzeigen
25 Pfennig.
Im rezeptionsfreien Falle
kann die Gebühr 75 Pfennig.
+
Inserate
für die halbe Nummer
nachdem die Zeitung die wer-
bungsfähige Seite 10 Mal über die
Expeditio. aufgegeben
ist.
+
Eingetragen in die
Postregulativliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

17. Geschäftsbericht

Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zu Merseburg für das Jahr 1906.

M. G. Aus dem diesjährigen Jahresbericht geht zunächst hervor, daß der langjährige stellvertretende Vorsitzende, Geh. Regierungsrat **Wrede** am 1. April 1907 in den Ruhestand getreten ist. Wrede war der eigentliche Leiter der Anstalt. Ob von jetzt ab mehr wie bisher für das Gesch. der Anstalt ausgesprochen wird, ob die Anstalt bald der Errichtung eines Anwaltsbüros näher treten wird, ob wir endlich bald das Einigungsverfahren (des Eingehens der Anwaltsbüros durch die Krankenkassen) bekommen, über alles das schiebt sich auch der diesjährige Bericht vollständig aus; dagegen werden ebenfalls einige Bemerkungen in Aussicht gestellt.

Neben den sieben Beamten gehören dem Vorstände noch ein Beisitzer und ein Arbeitnehmer als Laienmitglieder an. Der Gesamtvorstand hat im Jahresverlaufe sechs Sitzungen abgehalten, in denen 82 Beratungsgegenstände erledigt worden sind. Der Aufsichtsrat wird alljährlich nur einmal im Dezember aus einer Sitzung zusammenberufen. Als ständige Beiräte stehen dem Vorstände der Regierungsr. und Registrator **Dr. Wodtke** und der Kreisarzt **Medizinrat Dr. Schneider** in Merseburg zur Seite. Die Aufsichtsratsmitglieder werden in ihrer nächsten Sitzung dem Vorstande zur Kenntnis, Herrn Schneider nicht wie als Vertrauensarzt zu bestimmen, denn in Unfällen fungiert dieser Art ebenfalls als Vertrauensarzt des Schiedsgerichts wie als Vertrauensarzt der Berufsvereinigungen. Auch die Laienmitglieder im Vorstande haben gegen die Wiederwahl dieses Herrn Front zu machen. Das **Bureau** der Anstalt besteht aus 128 Personen (darunter befinden sich 30 für dauernd und 14 für vorübergehend im Rendement beschäftigte weibliche Personen). Als Kontrollkommission fungierten 86 Personen. Die Zahl der Geschäftsbesichtigungen betrug 180 449, durchschnittlich pro Arbeitstag 526, die Zahl der Klagen 106 597, durchschnittlich pro Arbeitstag 445.

An Renten wurden im Jahre 1906 neun bewilligt: 835 Altersrenten, 6296 Invalidenrenten und 419 Krankenrenten. Dagegen kamen in demselben Jahre in Wegfall: 1348 Altersrenten, 3679 Invalidenrenten und 264 Krankenrenten. Weiterer Feststellungen fanden statt an: 8806 weibliche Personen, die in den Ehestand getreten, 30 Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden und denen nach § 15, Absatz 2 des Invalidenversicherungsgesetzes für die Zeit des Weges der Invalidität ein Anspruch auf Invalidenrenten nicht aufsteht, und 1574 Erstattungen an Hinterbliebenen. In umgestalteten Leistungen gingen im Berichtsjahre 744 688 Geld ein. Anträge auf Anerkennung der frühverrenteten Gültigkeit bei der geschlichen Prüfung zum Umfange nicht vorgelagerten Leistungsfähigkeit wurden bis Ende Juni 1907 insgesamt 133 888 eingereicht. In der Zeit vom 1. Juli 1906 bis dahin 1907 gingen 17 944 solcher Anträge ein. Von diesen betrafen 6146 solche Fälle, in denen

die Gültigkeit verloren gegangen war, während die Versicherten ihrer Militärpflicht genühten. Im Anschluß hieran soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine Quittungsarte ihre Gültigkeit verliert, wenn dieselbe nicht vor Ablauf von zwei Jahren zum Umfange oder zur Verlängerung vorgelegt wird, wenn innerhalb dieser zwei Jahre nicht mindestens 20 Marken verwendet worden sind. Selbstverständlich müssen innerhalb dieser Zeit mindestens 40 Marken verwendet. Als Vertragsgegenstand werden, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen, diejenigen Wochen in Anrechnung gebracht, während deren der Versicherte befristet Erfüllung der Wehrpflicht in Friedens-, Mobilisations- oder Kriegszeit zum Heere oder zur Marine eingezogen wird, weiter, wenn in Mobilisations- oder Kriegszeit freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet wurden und ferner für befristete Krankheitszeiten bis zu einem Jahre. Die Versicherten wollen deshalb darauf achten, daß sie vor Eintritt zum Militär die Karte zur Verlängerung der diese Verwaltungsbehörde vorlegen und nach beendeter Dienstzeit diese Zeit eintragen lassen. Kranke sollten sich die Krankheitsnoten nach ihrer Genehmigung eintragen, lassen die Karte aber während der Krankheit ablaufen, so ist sie vorher zur Verlängerung vorzulegen. Diese Bestimmungen werden zu wenig beachtet und deshalb verlieren so viele Versicherte die Anwartschaft.

Von der Werbung, gegen künftige Arbeiter, welche nicht richtig, oder überhaupt nicht gestellt, in geeigneten Fällen statt sofortiger Verhaftung zunächst eine Verwarnung zu erlassen, wurde bisher in 11 855 Fällen Gebrauch gemacht. Geldstrafen wurden demgemäß im Jahre 1906 in 1707 Fällen, im Jahre 1907 bis zum 30. Juni in 712, im Jahre 1905 in 1497 und in den Jahren 1891-1904 zusammen in 16 924 Fällen. Beschwerden wurde dagegen erhoben in 1704 Fällen und zwar mit Erfolg (Erlaß oder Ermäßigung) in 283, ohne Erfolg in 1424 Fällen, während in sieben Fällen die Entscheidung noch aussteht. Der Gesamtertrag der 1906 verhängten Geldstrafen betrug 9029 M., der Mindest- und Höchstbetrag schwankte zwischen 1 M. und 100 M., die Durchschnittsbetrag auf 5,64 M.

Was die Höhe der einzelnen Renten anbelangt, so belief sich die Rente am Jahresanfange 1907 für einen Altersrentner durchschnittlich auf 144,40 M., für einen Invalidenrentner auf 144,29 M., und für einen Krankenrentner auf 162,47 M. pro Jahr. Der Bericht gruppiert die Rentenempfänger u. a. auch nach Berufsarten. Hiernach entfallen den über Haupt bewilligten Renten 43,19 Prozent auf die Land- und Forstwirtschaft, 35,24 Prozent auf die Industrie einschließlich Bergbau und Baugewesen, 2,86 Prozent auf Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft, 9,50 Prozent auf häusliche Dienstleistungen und Lohnarbeit nebst anderer Art, 5,13 Prozent auf Staats-, Gemeindef- u. Dienst, auch sogenannte freie Berufsarten, 3,48 Prozent auf in der Haushaltung ihrer Personalt lebende Dienende für häusliche - nicht gewerbliche - Zwecke. Ueber das Streikverhältnis bei Ablegung oder Entziehung der Renten entnehmen wir dem Bericht folgende Zahlen: Im Jahre 1906 wurden gegen den abnehmenden Befehl der Versicherungsanstalt 593 Forderungen eingelegt, gegen den feststehenden Befehl der Anstalt 89 und gegen den die Rente wieder entziehenden Befehl 193. Insgesamt wurden somit bei

den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung 830 Forderungen eingelegt. Unerledigt aus den Vorjahren wurden dazu noch 105 übernommen. Vor den Schiedsgerichten wurde nun der abzulehnen Befehl der Versicherungsanstalt aufrecht erhalten in 400, abgeändert in 173 Fällen, der feststehende Befehl der Versicherungsanstalt aufrecht erhalten in 47, abgeändert in 31 Fällen, der entziehende Befehl der Versicherungsanstalt aufrecht erhalten in 150, abgeändert in 50 Fällen, durch Wiedereinsetzen der Versicherten oder Zurücknahme wurde die Berufung erledigt in 15 und unerledigt verblieben am Jahresschluß 149 Forderungen. Revisionen wurden dem Reichsversicherungsamt im Jahre 1906 unterbreitet: von den Versicherten 184, vom Vorstände der Versicherungsanstalt 18, unerledigt aus dem Vorjahre übernommen 94, in Summa 296 Revisionen. Vor der Reichsversicherungsanstalt aufrecht erhalten in 88, abgeändert in 3 Fällen, der feststehende Befehl der Anstalt aufrecht erhalten in 7, abgeändert in 2, 3 Fällen, der entziehende Befehl der Anstalt aufrecht erhalten in 6 Fällen, in 6 Fällen. Zur nochmaligen Entscheidung zurückverwiesen wurden 42 und unerledigt verblieben am Jahresschluß 113 Revisionen. Sowohl vor den Schiedsgerichten wie vor dem Reichsversicherungsamt hat die Versicherungsanstalt am besten abgeköhnt.

Für das Geschäftsjahr wurden im Jahre 1906 insgesamt 346 120,50 M., gegen 249 792,65 M. im Jahre 1905 ausgegeben. Diese Summe wird trotz der Steigerung von 96 326,60 M. im Verhältnis zu den Ausgaben des Vorjahres immer noch als viel zu gering bezeichnet werden. Bei einer Vermögensaufnahme von über 5 Millionen in einem Jahre haben die Aufsichtmitglieder in der nächsten Sitzung energisch mehr für das Selbstvermögen zu verlangen. Wurde doch im Jahre 1906 von 1862 Personen, die die Lebensnahme des Selbstvermögens beantragten, daselbe nur bei 977 Personen durchgeführt. Alle übrigen wurden abgewiesen. Im Jahre 1905 gingen 1565 Anträge ein, durchgeführt wurde in diesem Jahre das Selbstvermögen nur für 856 Personen. Im ersten Halbjahre 1907 gingen 1245 Anträge ein, übernommen wurde das Selbstvermögen nur in 636 Fällen. Die Kosten dafür beliefen sich auf nur 142 000 M.

Dem Reichsversicherungsamt zur Bestätigung der Zulassung wurden 90 M., dem Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht in der Provinz Sachsen 200 M., der Beseitigung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 25 M. jährlich überwiehen. Das Interesse zur Bekämpfung der Trunksucht brachte die Anstalt durch den Ausdruck, daß sie dem Verein zur Errichtung von Arbeiterheimstätten für die Provinz Sachsen mit einem Jahresbeitrage von 100 M. und dem Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke mit einem Jahresbeitrage von 50 M. als Mitglied beigetreten ist.

Für die Gemeindefürsorge wurden 2615 für die Arbeiterwohnstätten Halle, Magdeburg und Dessau 280,50 M. ausgegeben. Für das Jahr 1907 erhalten die Arbeiterwohnstätten mit Rücksicht auf die erfolgte Steigerung der Lebensmittelpreise fast 15 Pf. pro Kopf und Quartier 20 Pf. In der Arbeiterwohnstätten Halle wurden im Jahre 1906 insgesamt 636 Kranke mit 88 350 Pfennigen verpflegt. Für den Bau von Arbeiterwohnungen wurden im Berichtsjahre 460 900 M. ausgegeben. Darlehen werden hier nur gegen erfläufige

(Nachdruck verboten.)

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien.

Von Franz Herzig.

„Na, warten Sie mal.“ rief Annister, die Geschäftsordnung und den Inhalt des Coenoceros nicht beachtend, hat die Romanfigur ihm nicht die Beiratsbesitzung im San Joaquin-Lale herabgesetzt?

„Wo haben die Götter belächelt um zehn Prozent im ganzen Staat herabgesetzt,“ erwiderte Othman, „hier ist der neue Tarif.“

„Er zog eine Anzahl Listen aus seiner Reisetasche hervor und zeigte sie.“

„Sie sehen die Liste hier,“ rief Annister, „die fruchtbarsten Manufaktur und Oelbergwerk ist um fünfundsiebzig Cent pro Zonne herabgesetzt worden.“

„Ja - aber - aber -“ sagte der alte Broderick, „es ist ziemlich ungewöhnlich, nicht wahr, daß in der Gegend Weizen nach Oelbergwerk herabgesetzt wird?“

„Oho, sehen Sie mal hier!“ rief Annister, „der fruchtbarste Weinbau - von Bonnevill und Guadalupe aus zum Beispiel? Ich kann nicht sehen, daß Sie da überhaupt eine Reduktion gemacht haben! Stimmt das? Haben Sie mir die richtige Liste gegeben?“

„Alle Orte im Staat konnten natürlich nicht auf einmal mit-einbezogen werden.“ entgegnete Othman. „Sie müssen wissen, wir erwarten gar nicht, daß wir die Frucht im San Joaquin gleich auf den ersten Anlaß würden herabsetzen können. Aber, wie Sie sehen, wir haben ganz bedeutende Reduktionen für Verlobungen aus dem oberen Sacramento gemacht, auch ist der Frucht im San Joaquin um achtzig Cent die Zonne herabgesetzt worden.“

„Ich weiß, Sie,“ rief Annister, „kein Mensch darf sich dort Weizen.“

„Die Entlassung!“ fuhr Othman fort, „ist um fünfundsiebzig Cent erniedrigt worden, die von Oelena um fünfzig

Cent und, bitte, wollen Sie den sehr bedeutenden Abbruch von Holz auf im Norden an der Oregon-Bahn bis zur Oregon-Staatslinie bezeichnen.“

„Wo das ganze Jahr nicht eine Wagenladung Weizen vorhanden wird,“ rief Othman, „das ist ein Verlust.“

„Ob Sie sich da wirklich nicht irren,“ rief Othman, „entgegnete Othman in verbindlicher Weise, „und dann dürfte ein niedriger Frucht im San Joaquin wohl auch dem Anbau von Weizen in dieser Gegend förderlich sein.“

Die Sitzung wurde nicht mehr ordnungsmäßig weitergeführt, und die Beobachtung der parlamentarischen Regeln hörte auf. Othman gab sich nicht einmal den Anchein, als ob er den Bericht führte. In der nachfolgenden Aufregung über die unerklärliche Seite dachte niemand mehr an die Geschäftsordnung, und jeder sprach nach Belieben.

„Aber Anman,“ fragte Othman, „über den Tisch weg seinen Sohn anblinzeln,“ ist denn das die richtige Ritte? Die Frachten im San Joaquin sind ja gar nicht herabgesetzt worden. Wir - die Herren hier und ich - sind um nichts besser dran wie damals, als wir keine Wahl zum Kommissar durcheinander.“

„Wir hatten uns verpflichtet, einen durchschnittlichen Abbruch von zehn Prozent zu machen.“

„Es ist ein durchschnittlicher Abbruch von zehn Prozent,“ brach jetzt Othman los. „O, das ist schon viel! Mit dem durchschnittlichen Abbruch von zehn Prozent hat es seine volle Wichtigkeit. Sie haben ihn aber dadurch gänzlich gebracht, daß Sie Getreidefrachten an verschiedenen Punkten herabgesetzt haben, die tatsächlich kein Getreide produzieren. Wir, die Weizenproduzenten im San Joaquin, alle, die Weizen geben wird, sind genau so weit wie zuvor.“

„Die Eisenbahn verliert nicht einen Pfennig,“ rief Othman, „um den Tisch herum,“ ich möchte wohl wissen, was das zu bedeuten hat.“

„Da Sie der Eisenbahn sprechen,“ entgegnete Othman, „so kann ich Ihnen mitteilen, daß sie bereits Protest gegen die neuen Frucht im San Joaquin eingelegt hat.“

Annister hatte einen Ausdruck des Spottes für diese Erklärung.

„Einen Protest! Das ist wirklich gut. Wenn die P. und S. W. was gegen Frucht im San Joaquin einzuwenden hat, dann protestieren sie nicht, mein Sohn. Das erste, was Othman vor sich hören läßt, ist ein ernstliches Verbot, wodurch das Anfrachten des neuen Tarifs verhindert wird. Der Gott,“ rief er

zornig und streng von seinem Sitze auf, „ich möchte auch wissen, was das bedeutet.“ Warum haben Sie unter Getreidefrachten nicht heruntergesetzt? Woher haben wir Sie gemacht?“

„Jawohl, was haben wir Sie gemacht?“ wiederholte Othman und Othman, die sich aus erhoben hatten.

„Nahe, Nahe, meine Herren,“ rief Othman, „der sich jetzt der Pflichten seines Amtes erinnerte, und Hoffte mit den Anchein auf die Tischplatte.“

„Die Verammlung hat sich bereits zu weit gehen lassen.“

„Sie haben uns getötet,“ erklärte Othman hartnäckig, „damit wir die Getreidefrachten um zehn Prozent im Durchschnitt herabsetzen. Das haben wir getan. Nur weil Sie nicht sofort Ihren Vortell davon haben, machen Sie Einwendungen.“

„Der bereite die Hände waschen.“

„Wir haben unser Bestes getan. Ich möchte von vornherein davor, so viel zu ermarken. Ich sagte gleich, daß die Transportkosten sehr wichtig sind. Man kann nicht verlangen, die Frachten herabzusetzen, ohne die dadurch hervorgerufene Wirkung einer Erhöhung des Preises der Bahngefahrhaft gleichkommt.“

„Warum hat die Frucht im San Joaquin nicht herabgesetzt?“

„Othman“ handelte es sich in erster Linie nicht,“ antwortete Othman mit gewohnter Verneinung der einzelnen Worte. „Rationalität weiß ich, daß mit der Zeit dieser Angelegenheit nähergetreten werden sollte. Die Hauptfrage war eine Reduktion von durchschnittlich zehn Prozent. Die Frachten werden auch im San Joaquin herabgesetzt werden.“

„Die Frachten werden auch im San Joaquin herabgesetzt werden.“

„Sie müssen aber,“ daß es sich in erster Linie um den San Joaquin-Frucht im San Joaquin handelte,“ sagte Annister und schüttelte

Zu Robert Blum's Gedächtnis

Dyopetris bis zu 60% Prozent des Gebäudes und Bodenwertes gewährt, und aber an Baugewinnsteuern usw. in der Regel zu 3 Prozent, an Arbeitgeber nicht unter 3/4 und an Arbeitnehmer zu 3 Prozent. — Das Vermögen der Anstalt betrug am Schlusse des Jahres 1906 insgesamt 70 074 531.30 Mark gegen 65 725 683.06 Mark Ende 1905.

Trotz der Zunahme des Vermögens und trotz des erheblichen Rückgangs der Zahl der Rentenberechtigten seit 1904 findet der Bericht in einigen Kreisen wieder Nachrevisions der Rentenempfänger an.

Tagesgeschichte.

Salte S. 11. November 1907.

Der freireinige Wahrschicksantrag.

Am 8. Januar 1907, also unmittelbar der Agitation zu den Reichstagswahlen, brachten die Freireinigigen im preußischen Abgeordnetenhaus folgenden Antrag ein:

Das Haus der Abgeordneten möge beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen:

1. unter Abänderung der Artikel 70, 11, 72 und 115 der preußischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe zur Einführung gelangt;

2. zugleich als Grund der vorerwähnten Ergebnisse der Volksabstimmung vom 1. Dezember 1905 und entsprechend den Grundfragen des Gesetzes vom 27. Juni 1860 eine anderweitige Feststellung der Wahlbestife für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus herbeigeführt und die Gesamtzahl der Abgeordneten neu bestimmt wird.

Am Juni des nächsten Jahres, nach den Wahlen, vergrößert die Freireinigigen auf die Beratung dieses Antrags. Nach der bekannten Proklamation des liberalen Dr. Breitfeld bleibt für dieses Verbot:

nur die Erklärung übrig, daß die Liberalen einem unausgesprochenen oder, was wahrscheinlicher ist, ausgesprochenem Wunsch der um die Zusammenhalt der Wählerparteien besorgten Regierung gehorchen.

Am 11. November 1907, am 26. November das preußische Abgeordnetenhaus wieder zusammen. Der Freireinige hat also Gelegenheit, sich von dem Verhalten zu einigen, sein Wahlrechtseifer ist vor einem Wut der Regierung zum Ausdruck gebracht.

Zunächst aber steht auf der Tagesordnung des Klassenparlamentes nicht die Frage: Wie werden die Wahlen zu sein, gleichberechtigten Staatsbürgern? sondern: Wie stehen wir am besten und noch besser als bisher die preußischen Staatsbürger zu politischer Jung? Mit einem Einrichtungsgeheim will das Abgeordnetenhaus seine Tätigkeit wieder aufnehmen; vom freireinigigen Wahrschicksantrag aber ist gar nicht mehr die Rede.

Wenn der Freireinige schweigt, wird die Sozialdemokratie reden. Wir fordern die sofortige Beratung des freireinigigen Antrags. Das Abgeordnetenhaus hat eine andere Aufgabe als diese. Das preußische Volk dankt seinen Volksvertretern für jede andere Art seiner Tätigkeit; es will kein Recht, nur sein Recht, nichts als sein Recht heraus mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!

Blodsprünge.

In Breslau hielt am letzten Mittwoch der konservative Parteiführer Herr v. Hedderbrand eine Rede, in der er erklärte, er würde gegen eine Blodsprünge die schärfsten Werkzeuge haben, wenn sie als eine bauernde Einrichtung anzuwenden werden sollte. Herr v. Hedderbrand ist ein Mann, der sich durch seine Standhaftigkeit außerhalb der Wirksamkeit an den deutschen Reichsangelegenheiten auszeichnet. Was das Vereins- und Verammlungswesen betrifft, so seien die Forderungen der Zeit nicht ohne Freireinigen, sondern Maßregeln zur Erhaltung der Staatsgewalt. Den Konfessionslosen scheint also das Sprachen Ausnahmengesetz nicht genug zu sein; sie verlangen wieder reaktionäre Bestimmungen, namentlich gegen die Jugendlichen.

Die Kreuzzeitung nimmt sich die Nationalliberalen vor, die sich auf ihrem letzten Parteitag für direkte Reichswahlen ausgesprochen hatten. Sie ist sehr glücklich feststellen zu können, daß der Bundesrat gegen diese Steuern ist; daher weitere Diskussionen zwecklos und hofft, daß die nationalliberale Fraktion nicht ganz so „von der Umwelt

drohend hinein reitender.“ Was gegen uns hier die von Ihre Wahl gemacht haben, die Prädikate oben in der Worte und Eiskönig Götter in der Welt in der Welt! Um die Sanftmütigkeit-Pracht haben wir gekämpft, und wir haben sie gekämpft, damit Sie sie runterziehen sollten. Das haben Sie nicht getan und wollen es auch gar nicht tun, und ich, zum Zeitpunkt noch mal, will hören, was hab!

„Sie müssen wissen, Herr v. Hedderbrand,“ begann Erman. „Ich will Ihnen sagen weshalb.“ Weil wir verkauft und betrogen worden sind. Weil die B. und S. B. ihren Völkern in der Gruppe gebot hat. Weil unsere Kommissare uns betrogen haben. Weil wir verdammt, dumme Farmerbunde sind, da hat man uns den Sattelgurt wieder mal fester zugezogen.“

Kommans dunkles Gesicht wurde schärfte, bei diesem gegen seine Person gerichteten Angriff. Offenbar hatte er ihn noch nicht erwartet. Während eines Augenblicks kam er auf seinem Gleichgewicht; er versuchte zu sprechen, vermochte aber nur mit flüsterndem Atem zu flammeln.

„Was hast du darauf zu sagen?“ rief Garzan, der bis dahin kein Wort geredet hatte.

„Darauf hab ich zu sagen,“ antwortete Erman, der sich zu sammeln suchte, „daß es nicht angeteilt, in der hier beliebigen Art und Weise Geschäfte zu betreiben. Die Kommission ist ihren Verpflichtungen nachkommen. Sie hat die Prachten nach bestem Vermögen auszugleichen gesucht. Zwei volle Monate haben wir gearbeitet, um diese Lüste hier aufzuheben.“

„Das ist ne Lüge,“ rief Annizer mit purpurrotem Gesicht, „das ist ne Lüge. Die Lüste ist in der Office der Pacific- und Eisenbahnen zusammengefallen worden, und das wissen Sie. Der Tarif ist für die Bahn und von der Bahn gemacht, und Sie sind dafür bezahlt worden, daß Sie Ihren Namen darunter gesetzt haben.“

Nach diesen Worten brach ein allgemeiner Aufbruch los. Alle waren aufgesprungen und schrien mit wilden Gebärden durcheinander.

„Meine Herren, meine Herren,“ rief Magnus, „sind wir Schuldlosen, sind wir Strohkornbröckchen?“

„Wir sind ne dumme Farmerbunde und beschwindelt sind wir,“ rief Erman.

„Was hast du zu sagen, was hast du zu sagen?“ drang Garzan immer wieder in den Wut und beugte sich über den Tisch nach ihm hin.

(Fortsetzung folgt.)

vor ihrer Jugend“ und ihr Kates Denken gebracht ist, um mit dem Kopf gegen die Natur zu rennen.“ Das Nationalliberalen erklärten sich sehr harmlos darauf, daß die Nationalliberalen, als sie ihren Parteitag abhielten, noch damit rechneten, „die neuen Steuern würden erst im übernächsten Jahre kommen, man würde also bis dahin ihren so sympathischen Namensschwur längst wieder vergessen haben. Da nun die neuen indirekten Steuern in diesem Jahr kommen, ist die Situation ein wenig peinlich und es ist recht unamerikanisch von der Kreuzzeitung, erhandelt, daß sie noch Pfeffer und Salz in diesen Gemütszustand nicht mehr.“

Die Freireinigigen Zeitung, jetzt, daß man sich gar nicht zu genieren braucht, gegen das zu streben, worin man nächsten Timmen vor sich vorfindet, einen langen Artikel gegen die Finanzverwaltung, in welchem sie nachweist, daß die Einführung dieser Steuer, unter allen Umständen eine erhebliche Verschlechterung der sozialen Lage der Tabalarbeiter bedeuten würde. In desto hellerem Lichte wird dann die patriotische Opfermütigkeit des Herrn imstrahlen, wenn er diesen Sohn Staat auf dem Altar des Schlichtens opfert.

Wenigstens vorläufig läßt sich kein anderes Ausweg erfinden. Nach den übereinstimmenden Mitteilungen Baulches und der Hoff Jg. bracht das Reich — zwei Jahre nach der glotternden großen Reichsreform — weit mehr als 700 Millionen neue Steuern abzugeben, um seinen Finanzhaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die Einführung neuer direkter Steuern (zu denen auch die Reichsbeitragssteuer geklärt wird) lassen aber die konservative Blockpartei und die ihnen verbündeten Regierungen nicht zu; es bleibt also den nationalliberalen und freireinigigen Vorgesetzten — wollen sie das leisten wollen, was sie zunahme die „positive Arbeit“ heißt, gar nichts anderes übrig als ein Opfer ihrer sogenannten Ueberzeugung zu bringen.

Agarische Warnung vor Blodsprünge.

Die angehenden Bestimmungen des neuen Vorlesegesetzes, nach denen Vortragsmischungen in Getreide- und Mühlenfabrikaten verboten bleiben, ausgenommen für Landwirte, die eigene Erzeugnisse verkaufen, für solche in das Handelsregister eingetragene Kaufleute oder Gewerkschaften, zu deren Geschäftsbetrieb der Ankauf oder Verkauf von Waren dieser Art gehört, haben keine Gnade gefunden vor den Augen der Deutschen Tageszeitung. Sie erklärt einen so gefalteten Entwurf für schlechthin unannehmbar und begründet diese Stellungnahme vor der vollständigen Veröffentlichung des Entwurfs mit der Notwendigkeit, die maßgebenden Kreise vor Unwissenheit zu warnen. Die Agrarier sind nach der Veröffentlichung des Verlasses geneigt, bis zu einem gewissen Grade Opfer zu bringen, doch man dürfe ihnen ein Opfer der Ueberzeugung nicht zumuten. Die Zulassung von Vortragsmischungen für Landwirte und Getreidehändler verlange ein solches Opfer der Ueberzeugung, das zu bringen unmöglich ist. Unter den Opfern, zu denen das Junkertum bereit ist, verleiht die Deutsche Tageszeitung die Opfer, die den arbeitenden Massen auferlegt werden sollen, doch die leiseste Möglichkeit, den Zollwappenzugern dann und wann etwas weniger erg schätzen zu können, ist ein der junkerlichen Ueberzeugung zugemutetes Opfer, das nicht zugestanden werden kann. Da der Terminhandel unter Umständen einen Preisdruck ausüben kann, verleiht die Junkerklasse auch die eingeschränkten Terminhandelsgeschäfte, wie sie das neue Vorlesegesetz enthalten soll.

Preussische Offiziersrede.

Oberst a. D. Gaedde, der nach viernäherem Freispruch nun doch wegen „unberechtigter“ Führung des ihm vom Ehrengewalt abgenommen Offiziersstils zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, quittiert im Berl. Tagbl. gebührend über dieses Urteil, indem er schreibt:

Um diesen Prozeß ganz zu würdigen, muß man sich den dunklen und trüben Hintergrund vor Augen halten, vor dem er sich abspielt hat: das Verlagen der Ehrengewalt gegenüber unruhigen Mitgliedern des Offizierskorps einerseits und der Bewegung zu politischen Reden andererseits. Die offene Beschimpfung deutscher Wälder durch den General v. Liebert ist keine Verletzung der Standesehre. Der Major v. Jander, der wegen Betruges verurteilt wurde, darf höchstens einen Zettel bringen. Der Graf von Helldorf, der sich auf dem Marsch nach Penion und Unikum als preussischer General a. D. der Graf v. Jander, der sich nach der Schweiz geflüchtet hat, mit Penion und Titel herum, ein erhebender Repräsentant preussischer Offiziersrede im Ausland. Die eingelegte lutherische Kirchenzeitung will mit Fingern auf die verdorbenen Triebe gewisser preussischer Prinzen hin, gegen die kein Ehrengewalt sich richtend, noch sie finden wird.

Wenn aber ein Graf Rohde, ein Oberst v. Jäger, sturmerprobte Gentlemen um der Ehre willen die Ehre wollen mit den Militärbeförderung nicht in Widerspruch setzen kann recht man ihnen die Uniform ir Regen vom Leibe entzieht dem ersten zugleich den Titel. Wenn ein Militärschiller, wie der Hauptmann König, einen verdorbenen General scharf trifft: fort mit dem Fuchel aus dem Verbande der Offiziere. Wenn der Oberstleutnant v. Wartenberg, ohne ein unangenehmes Wort zu brauchen, seinen Paradedübel und unter Theaternanstand anzeigt, um sein Recht, ein Mitglied der Standesehre unter erscheinenden Umständen und Verlegung im Fall ist zu selbstmännlich, so sehr, daß die Verleumdung reaktionärer Klopffischer, um die Militärbeförderung herauszuheben, mir noch nicht die Lüge nachlag, ich hätte den Königsmord bedingt empfohlen.

Oberst Gaedde hat in einem theoretischen Artikel auseinandergesetzt, daß die Offiziere nicht verpflichtet seien, die verbrecherischen Befehle eines irrtümlich gewordenen Monarchen zu befolgen. Darum ist ihm kein Titel abgenommen worden nach den Begriffen preussischer Offiziersbeförderung scheint das viel schlimmer zu sein als die Schändung von Soldaten.

Eine deutsche Waffentat.

Ueber seine Taten in Südwestafrika erzählt in einem Vortrag in Spontania Hauptmann Voss:

Am 4. Mai endeten wir hart an der Grenze ganz frische Hottentottenstämme, die auf englisches Gebiet hinüberführten. Wir waren also Morigana hart auf den Fersen. Ich überlegte ernstlich, was ich tun sollte. Da ich eine solche günstige Gelegenheit, den Burden abzugeben, nicht gleich wieder bot und meine Leute vor Begierde bröckelten, auf den Feind zu kommen, so beschloß ich, den Feind über die Grenze zu verfolgen. Schon nach kurzen Marsch stießen wir auf die Hottentotten, die bei den Kooiboschen ganz sorglos zwischen den Bünen lagerten. Auf dem neutralen englischen Gebiet durften

wir nicht weiter vordringen. Der Feind war nicht entfernt in drei strahlenförmigen Zügen und mit Durra wurden die Hottentotten, in denen die Hottentotten Bedung gesucht hatten, als sie denen und die Augen lebhaft um die Ohren pflaßen, gefeuert. Von uns wurde nur ein brauer Kamerad, ein Württemberger, tödlich verwundet, während zahlreiche Hottentotten den Kampfsplatz lebten.

Es wird dann geschloßert, wie gleich nach dem Siege englische Postkutschen besetzt worden und die Entlohnung der Kooiboskanten fordern, die abgeleitet wird.

Da nach alle weiteren Verhandlungen in höflicher Form ab, ließ meine Leute auf dem Gesichtsfelde noch einmal ansetzen, um den Sieg in einem fröhlichen Durra auf unseren überfren Kriegerförm aufzulassen zu lassen, und dann traten wir mit unserm toten Kameraden und den Siegestrophen in den Rückenmarsch ins deutsche Gebiet an. Seit diesem Ereignis war Morigana Widerstand für alle Zeiten gebrochen.

Man wird wohl auch in manchen militärischen Kreisen diesen neuentdeckten Schicksalsbericht mit recht gemächlichen Empfindungen genießen.

Berlides aus Afrika. Bürgerliche Blätter-melden:

Das Kaiserpaar hat mit Gefolge Freitag abend die Reise nach England angetreten. Die offiziellen Kaiserreden während des Englandbesuches werden auf die ausdrucklose und verformliche Worte König Edward hin, voraussichtlich von der Wortschreiberei her, um die Stimme des Kaisers möglichst zu schonen. Nur die Antwort auf die Begrüßung des Lord-Monarchen bei dem Gabelstrüßchen in der Londoner Guildhall will, so weit bisher bestimmt ist, Kaiser Wilhelm selbst sprechen. In England, so wird berichtet, ist diese Art der Ueberleitung von Rede-Manuskripten etwas Gewöhnliches. Königin Victoria pflegte bei Staatsanlässen und amtlichen Besuchen in London meist so zu verfahren.

In Deutschland aber ist ein solches Verfahren ungewöhnlich. Hier wird meistens aus dem Stegreif gesprochen.

Das Budgetrecht des Reichstags. „Unter der Hand“, d. h. ohne die Bewilligung des Reichstags hat die Seeresverwaltung eine Reihe neuer Maschinenangehörigkeiten gebildet und das hierzu nötige Pferdmaterial der Feldartillerie entnommen, das man sich unter dem Vorwande, die Feldartillerie brauche es notwendig, vom Reichstag habe bewilligen lassen. Ueber dergleichen Vorgänge hat man sich früher im Freireinigen sehr aufgeregt. Prof. Eichhoff von der Volkspartei hat aber dieser Zeit in Solingen eine Rede gehalten, in der er verpörrt, in Militär- und Marinefragen immer mit den Nationalliberalen einer Meinung sein zu wollen. Und Herr Naumann hat sogar den Vorschlag gemacht, eine konstitutionelle Regierung.

Ein Feld des Reichsverbandes zur Befestigung der Sozialdemokratie ist der Schöneberger Stadtbereitete, Zeitungs- und Mittelschulischer Jung, der bei den letzten Kommunalwahlen in Potsdamen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und der (in Schöneberg ausnahmsweise antänbigen) Liberalismus stand. Gegen diesen Herrn Jung liegt nach dem V. Z. ein gerichtliches Urteil vor, das seine eidesstattlichen Versicherungen für ungläubig erklärt und der Behauptung seines Prozeßgegners Recht gibt, daß er, Herr Jung, ein betrügerisches Verhalten an den Tag gelegt und fremde Notlage ausgenutzt habe. Jung ist Mitglied der Schuldeputation, gegen seinen Willen kann kein Lehrer an einer höheren Schule von Schöneberg angestellt werden. Sozialdemokraten und liberale Freireidener dagegen werden als Mitglied einer Schuldeputation von der preussischen Regierung nicht bestätigt.

Wozu die Polen gut sind. Mit Rücksicht auf den Arbeitermangel in der Landwirtschaft hat das herzoglich braunschweigische Staatsministerium nach der Befehl die Kreisdeputationen ermächtigt, auf Antrag in solchen Fällen, wo die Weisshaltung ausländischer polnischer Arbeiter für eine ungenügende Fortführung der Wirtschaft des Antragstellers bringend gegeben erscheint, von den bestehenden Aufnahmefestbeschränkungen Dispens zu erteilen.

Als Arbeiterlöhnen lassen sich die Agrarier die Polen gefallen, aber wehe, wenn diese Löhnen ihr Recht als Staatsbürger geltend machen wollen! Dann sind die Agrarier die ersten, die nach Ausnahmefestbeschränkungen streichen.

Staatsgefährliche Tänze. Der franz. Jg. wird auch der Reichsregierung gefällig sein. In beiden Fällen, wo Streikposten Arbeitswillige bedrohen: Der Streikposten hat die Bedrohung mit Zerkleinern nicht als ernst aufgefaßt; auch bei ein Gummischlauch sein gefährliches Werkzeug, folgebahen liege auch keine Bedrohung mittels eines gefährlichen Werkzeuges vor. Fünf Mark sei eine angemessene Strafe. Das Gericht verurteilte den Brauerbeführer zu — drei Mark Geldstrafe.

Wegen „Aufreißung“ wurde der 13jährige Arbeiter Junke, Redakteur des anarchischen Blattes Der Revolutionär, zu sechs Monaten Gefängnis und 14 Tagen Haft verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Der Prozeß der Dr. Arenb gibt die Leipziger Volkszeitung, der am letzten Sonnabend stattgefunden sollte, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Das Rabettengebieth ein Postorengebieth. Das schieflustige Gebieth, das wir in unserer letzten Nummer abdruckten, ist als das Wert eines — jetzt verstorbenen — Rabetten Willi Bamboch ausgegeben worden. Der Wortwärts teilt aber mit, daß dieses Gebieth im Januar vorigen Jahres zu Kaisers Geburtstag im Friedenauer Lokalangeiger veröffentlicht worden ist. Es trägt dort die Initialen G. und wird nicht des Wertes „und wir Rabetten gerüht“ die Variante „Wir deutschen Krieger gerüht“ auf. Die damalige Veröffentlichung des Gebiethes, noch also auf die Kriegervereine berechnet. Als Verfasser wurde damals der Pastor an der Friedenauer Kirche zum guten Frieden, W. genannt. Wenn auch Inhalt und Form des Gebiethes durchaus den Anschauungen

eines Normalbettes entsprechen, so scheint doch durch die Veröffentlichung des Freibauer Solalangezettels die Autorität des Freibauer Patents festzuhalten.

Den Erlegerverleumdern ist wieder großes Heil widerfahren. Nach einer den Reichspräsidenten zugegangenen Verordnung dürfen die acht beschlossenen Komitees der Kontrollkommissionen ihre Verdienste mit den Vereinsangehörigen schmiden und sich damit den Kontrollkommissionen von dortherin als brave und getreue Kinder des Vaterlandes präsentieren.

Zum Ingallsfall auf dem Wähler selbst die Nord. Allg. Ztg. amtlich: Die vorläufige Untersuchung über die so folgenschwerere Unfälle auf der Fabrik von Ingalls hat, wie wir von unrichtiger Seite erfahren, ergeben, daß die Explosion der Dampfböden achtens Kessel durch Bedienungsfehler entstanden sein muß, die anschließend mit einer Reihe unglücklicher Zufälle im Zusammenhang stehen. Die letzte spezielle Untersuchung des Wähler-Kessels und die Kaltrafdruckprobe mit doppeltem Druck hat am 24. Juni d. J. stattgefunden und einen befriedigenden Befund ergeben. Der bavarische Kessel war zuletzt am 1. bis 22. August im Betrieb und war ferner in sogenannten nassem Zustand konserviert worden. Am Tage des Unglücks sollte der Kessel wieder von neuem für Dampfheizung und elektrisches Licht in Betrieb genommen werden, als beim Anheizen die Explosion stattfand. Es ist festgestellt worden, die festgesetzte geringere Sicherheitsgrenze und die geschlossenen Manometerhähne nach Anheizen des Kessels zu öffnen, was ein Ueberheizen des Kessels eintrudeln mußte. Durch die Explosion erfolgte so hohen Dampfdruck wurde die Stirnwand des Kessels (Kesselskappe) fast in ihrer ganzen Länge herausgerissen, und der ausströmende Dampf trat zusammen mit Bruchstücken des Kessels sämtliche Decke der Gully nach oben durchbrochen.

Ausland.

Amerika. Gegen die Pläne hat sich in Kanada eine alte Liga gebildet, die bei den kommenden Parlamentswahlen als politische Partei auftreten will. Joseph Martin, ein früherer Premierminister von Britisch-Kolumbien, ist der Führer der Partei, der von vielen Seiten Unterstützung zufließt. Ihr Ziel ist die Ausschließung aller Pläne von der Einwanderung in Kanada. Ein Einwanderungsverbot wird als dringlich notwendig erklärt, wenn das Wohl des Landes nicht ernstlich gefährdet werden soll.

Nur Revolution in Russland.

Die Gefahr an der Arbeit. Immer häufiger bringen aus den Gefängnismauern Nachrichten von ersten Konflikten zwischen der Gefängnisverwaltung und den politischen Gefangenen in Russland. Die Administration bezieht systematisch jene Gefangenen, freizeiten, die die Opfer des Absolutismus in beständigem Kampfe mit den vertierten Zerknirschungen erlangen haben und sucht in den Gefängnissen Grabesruhe einzuführen, ohne vor irgendwelchen Mitteln zurückzuschrecken, nicht einmal vor Erschießung der politischen Gefangenen, zu der die geringsten Meinigkeiten — Gespräche oder Aufstand am Fenster der Gefängniszelle — Anlaß geben.

Vor einigen Tagen sanktionierte das Justizministerium diese Erschießungen durch die Ausgabe der „Instruktionen für die Beamten der Gefängnisverwaltung betreffs Anwendung von Waffen“. Nach diesen Instruktionen ist den Gefängniswächtern das Recht vorbehalten, zu der Waffe zu greifen sobald gegen die „Arrestanten“ wie gegen andere Personen zu ihrem eigenen Schutz zum Schutz der Wachen, im Falle von Unruhen unter den Gefangenen sowohl als auch im Falle der Wideretzung gegen die Gefängniswärter oder Verwaltung und schließlich zur Verhinderung von Fluchtversuchen; mit anderen Worten: in allen Fällen, wo die Administration mit dem Feinden des absolutistischen Regimes abrechnen will. In den Fällen, die „eine Verzögerung bilden“, sind in Absense der Dienstältesten alle Wächter und Posten berechtigt, zu Waffe zu greifen.

Nun nun ist es jenes Verfalls, nach dem das Leben der politischen Gefangenen in den Händen jedes beliebigen Gefängnis-Beamten“ liegt, formell sanktioniert. Wie viele neue blutige Dramen, die sich in den Gefängnismauern abspielen, werden noch in die Seiten der Geschichte des revolutionären Kampfes eingetragen werden? ...

Die Pressefreiheit. Die russische Presse kann sich nicht darüber beklagen, daß sie von den Gnaden der fürsorglichen Obrigkeit zu wenig begünstigt wird. Im hiesigen ist ein überzeugendes Bild zu geben, genügt ein flüchtiger Blick auf die Unsumme der Repressalien, die in den letzten zwei Jahren über die Presse in Russland unter dem „konstitutionellen“ Ministerium herbeigebrochen sind.

Es zeigt sich nämlich, daß in dieser Zeit 114 Redakteure von Zeitungen und Zeitungsblättern zu gerichtlicher Verurteilung gezogen wurden, wovon mehr als 200 zu Freiheitsstrafe, einer sogar zu Zwangsarbeit, verurteilt wurden! Scharf wurden in dieser Zeit durch Gerichte und Administration 978 Zeitungen und Zeitschriften. Auf administrativem Wege wurden 174 Organe der oppositionellen Presse mit Geldstrafen belegt, und diese neue Art von Staatsstrafen betrug mehr als 112 000 Rubel in den letzten zwei Jahren.

Das ist das Fazit zweier Jahre. In letzter Zeit überschüttet die Regierung mit besonders freigebiger Hand die oppositionelle Presse mit allen möglichen Strafen. Jeden Tag werden Zeitungen in einer Reihe von Städten mit Geldstrafen belegt, einige drei- und viermal hintereinander; jeder Tag bringt Nachrichten über die Schließung von Zeitungen. Bei der Aushebung von Veranlassungen zu diesen Maßnahmen beträgt die Administration eine ungewöhnliche Bereitwilligkeit einer Reihe von Redaktionen der Arbeiterpartei während der Wahlen in U. wurden drei Zeitungen wegen Verleumdung einer Reihe von Redaktionen dieser drei Zeitungen sich weigerten, die auferlegte Strafe zu zahlen, wurden sie verhaftet.

So feiert die herrschende Clique den „Sieg“ des Schwarzen Hunderts bei den Wahlen ...

Eine große Aufsperrung will der russische Industrieverband vornehmen, wenn die Arbeiter am Tage der Duma-Eröffnung einen Demonstrationstreif durch den Kasan gehen. Man sieht aus diesem Beschluß, daß die Kapitalisten sich mit der reaktionären Jarenregierung förtlich fühlen.

In Lobs sind in einigen kleineren Fabriken wegen Gerasseltung der Löhne Unruhen vorgekommen.

Die Unruhen sind geschlossen wurde in Kasan, weil die politischen Unruhen in dieser Stadt einen immer größeren Umfang annehmen.

Aus ganz Südrussland wird eine lebhaftige Stimmung, auch unter der Handverwaltung, gemeldet.

Offiziere als Raubrevier. In Warschau und anderswo nach dem Verfall der Kaiserlichen Geheimnisse einen Fall des Verfalls militärischer Geheimnisse. Die Offiziere sind streng geheim gehalten. Es handelt sich dabei um mehrere höhere Offiziere, welche eine Anzahl Befestigungspläne

an Österreich ausgeliefert haben. Wie Vermittler dienten haben. Die ausgelieferten Dokumente wurden mit Hilfe von Wiener Bahnbrechen im Ausland gebracht. Die in die Angelegenheit verwickelten Offiziere hatten durch vertriebenes Leben die Wahrheitsfahigkeit auf sich gelenkt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, weitere suchen bevor.

Lohnbewegungen und ihre Erfolge.

Einen wertvollen Beitrag zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse im Jahre 1906 liefert die vor kurzem veröffentlichte Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausweisungen im Jahre 1906. Die Statistik gibt wertvolle Aufschlüsse über die Erfolge aller der Lohnbewegungen, an denen die Generalkommission angeschlossenen Arbeiterorganisationen beteiligt gewesen sind. Im ganzen wurden 8543 Lohnbewegungen ermittelt, die an 14 044 Orten stattfanden und 62 780 Betriebe in Mitleidenschaft zogen. Die Gesamtzahl der an allen Lohnbewegungen beteiligten Arbeiter betrug 1 260 571. Die Lohnbewegungen verhielten sich zu Streiks und Ausweisungen in 8873 Fällen, an denen 316 043 Arbeiter oder nur 25 Prozent der Gesamtzahl beteiligt waren.

Die Erfolge aller Lohnbewegungen waren recht befriedigend: 899 469 Arbeiter erreichten eine Verärgerung der Arbeitszeit, die pro Woche insgesamt 1 248 110 Stunden beträgt. Auf jeden Beteiligten kommt eine durchschnittliche Verärgerung der Arbeitszeit von 3 1/2 Stunden pro Woche. Auch 1906 wurde diese Durchschnittsverärgerung erreicht, nur mit dem wesentlichen Unterschiede, daß damals die Zahl der Arbeiter, die an dem Vorteile partizipierten, ungewöhnlich niedriger war als 1905. Im letzten Jahre erreichten sich der Arbeitszeitverärgerung infolge von Lohnbewegungen 899 469 Arbeiter, im Jahre 1905 dagegen nur 188 869. Im Jahre 1906 ist die Zahl der Beteiligten um nicht weniger als 82 Prozent gestiegen.

Technisch liegen die Verhältnisse bei der Gestaltung der Löhne. Die durchschnittliche Lohnhöhe, die pro Arbeiter im Jahre 1906 pro Woche durchgesetzt wurde, war 1905 etwas geringer als 1906; damals betrug sie 2,07, 1906 stellte sie sich auf 1,87 Mark. Aber wieder ist die Zahl der Arbeiter, die an den Lohnbewegungen teilnehmen, sehr stark gegenüber 1905 gestiegen. Es wurde nämlich 1906 für 427 187, 1905 aber für 691 703 Arbeiter eine Lohnbewegung durchgeführt; die Steigerung der Beteiligten beträgt 62 Prozent. Das den Gesamterfolg dieser Lohnbewegungen ausmacht, ergibt man aus den Lohnbeträgen, die infolge der Lohnbewegungen mehr an die Arbeiterklasse gezahlt werden mußten. Nimmt man an, daß die erreichte Lohnsteigerung auch nur 40 Wochen anhielt, so wärd in der Frage kommenden Arbeitern eine Mehrerinnahme von rund 61,74 Millionen Mark zu, während im Vorjahre diese Mehrerinnahme nur rund 36,5 Millionen Mark ausgemacht hatte. Auf den Kopf der Beteiligten kommt durchschnittlich eine Lohnbewegung von 75 Mark jährlich. Die Lohnbewegungen wirken aber nicht über den Kreis der direkt Beteiligten hinaus. Man kann sich wahrscheinlich annehmen, daß etwa in dem Verhältnis, in dem innerhalb der freien Gewerkschaften die Zahl der an Lohnbewegungen partizipierenden Arbeiter, so die Zahl der gewerkschaftlichen Arbeiter überhaupt verhalten ist, für die im Jahre 1906 die Löhne entsprechend in die Höhe gegangen sind. Alle diese Steigerungen des Einkommens resultieren ausschließlich aus einer Verbesserung der Lohnlage, nicht aus der Steigerung der Arbeitslosigkeit, wie sie im Jahre 1906 zweifellos auch stattgefunden hat.

Da im Jahre 1906 der Jahresarbeitsergebnis ein solches war, nach den Nachweisungen der gewerkschaftlichen Berufsvereinigungen 977,20 Mark betragen hat, so würde eine Mehrerinnahme von 75 Mark jährlich eine Steigerung des Verdienstes um 7,68 Prozent bedeuten. Wie die erzielten Lohnbewegungen auf die einzelnen Gewerbe sich verteilen, ist aus nachstehendem Uebersicht zu ersehen. Die Lohnbewegungen verteilen sich auf Arbeiter und betragen pro Woche:

Gewerbe	Arbeiter	Zahl	pr. Arb. Woch.
Metallind., Maschin- u. Schiffbau	229 925	497 842	2,17
Chem. Gewerbe u. Papierindustrie	11 668	8 848	0,71
Geldindustrie	54 298	94 863	1,75
Nahrungsm. und Genussmittel	49 114	81 828	1,67
Textil-, Leder- u. Textilgewerbe	105 286	149 141	1,42
Ganbels- u. Transportgewerbe	39 839	101 241	2,88
Sonstige Gewerbe	78 738	134 925	1,70

Außer den Lohnbewegungen und Arbeitszeitverärgerungen ist durch die Lohnbewegungen auch noch in sehr vielen Fällen der Abschluß korporativer Arbeitsverträge erreicht worden. Die Statistik führt 2 880 solcher Fälle auf, durch die die Arbeitsbedingungen für 317 487 Arbeiter eine mehr oder minder lange dauernde Regelung erfahren haben. Neben den bisher angeführten Erfolgen der Lohnbewegungen im Jahre 1906 ist aber auch noch auf einen weiteren Gesichtspunkt hinzuweisen, der nicht zu unterschätzen ist und eng mit der Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge zusammenhängt. Daraus folgen die Veränderungen zu der hier behandelten Statistik selbst: Das an Arbeitszeitverärgerung, Lohnbewegung und Abschluß korporativer Arbeitsverträge im Jahre 1906, also auch infolge der im Jahre 1906 abgeschlossenen korporativen Arbeitsverträge erreicht wurde, ist in den Zahlen der Statistik enthalten. Was jedoch an Verärgerung von Arbeitszeit, an Lohnbewegung und sonstigen Vorteilen für die Arbeiter infolge früher abgeschlossener Tarifverträge im Jahre 1906 eingetreten ist, darüber liegen nur wenige Angaben vor, die aber mit aller Deutlichkeit beweisen, daß die Wirksamkeit der Gewerkschaften in dem statistisch nachgewiesenen Umfang erhäufte ist.

So präsentiert sich das Bild der wirtschaftlichen Erfolge der Arbeiterklasse im Jahre 1906 recht günstig, und man kann es verstehen, wenn der erläuterte Bericht zu der Statistik sich dahin zusammenfaßt: „Wenn diese Erfolge zum Teil auch mit großen Opfern erkauft werden mußten, so dürfen wir doch mit dem Gesamtergebnis sehr wohl zufrieden sein.“

Das Ende des englischen Eisenbahner-Konflikts.

Durch den Telegraph ist bereits bekannt geworden, daß es durch die Vermittlung des Handelsministers Lord George zu einer Verständigung zwischen den streikenden Parteien gekommen ist. Auch dem abgeschlossenen Vertrag sollen die Eisenbahngesellschaften zustimmen. Die einzelnen Kategorien ihrer Vertreter und Angestellten zu schaffen. Diesen Einigungsämtern werden alle Differenzen unterbreitet, die bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen entstehen; eine gleiche Anzahl von Vertretern der Arbeiter und der Direktoren verhandeln hier und suchen eine Verständigung. Wird diese nicht erzielt, so tritt das Central Schiedsamt in Funktion, das sich zusammensetzt aus Vertretern sämtlicher Sektions-Einigungsämtern und den Delegierten der Eisenbahndirektoren. Kann auch dies

einen Vergleich nicht zustande bringen, so wird die Angelegenheit einem Schiedsrichter unterbreitet, der, falls das Central Schiedsamt sich über die Person derselben nicht einigen kann, vom Präsidenten des Unterhauses ernannt wird. Das Schiedsamt muß von den Parteien 12 Monate vorher angefertigt werden. Die nächsten sechs Jahre darf eine Abstimmung aber nicht erfolgen. Die Vertreter von elf der größten Eisenbahngesellschaften haben den Vertrag unterzeichnet, ebenso die Vertreter der allgemeinen Eisenbahner- und des Lokomotivführer-Verbands.

Dieses Abkommen bringt den Eisenbahnern die drohende Streik, der dem Handel und Verkehr Englands ungeheure Schäden gebracht haben würde, unterbreitet. Dieser Streik ist aber mit dem günstigen Verzicht der Eisenbahngewerkschaft auf ihre ursprüngliche und hauptsächlichste Forderung erlaubt worden. Die Eisenbahner forderten die Anerkennung der Gewerkschaft als die Vertreterin der Eisenbahngestellten; es sollten, so war beschlossen worden, in Zukunft seine Deputationen von Arbeitern oder Angestellten bei irgendeiner Direktion mehr aussprechen und ihre Wünsche unterbreiten ohne Weiteres einen offiziellen Vertreter des Eisenbahnerverbandes. Die Direktoren haben diese Forderung nicht erfüllt, sie wollten — und zwar immer bei Gewerkschaft für sich — nur mit „ihren“ Arbeitern zu tun haben.

Im Gegensatz zu den Unternehmern der meisten anderen Industrien in England bieten sie den vollständigen Streikstandpunkt aufrecht und gingen dabei so weit, daß sie auch jede Unterhandlung mit dem Verband ablehnten. Das Abkommen ist ganz im Sinne der Unternehmer gehalten. Die in Betracht kommenden Gewerkschaften scheiden vollkommen aus, nicht die Trade Unions verhandeln mit den Direktoren, sondern die Arbeiter jeder Gesellschaft wählen ihre Vertreter in die Einigungsämter.

Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die nach den Veröffentlichungen der Gewerkschaft bei den englischen Eisenbahnen zum Teil sehr ungünstig sind, werden nimmend unzulängliche Einigungsämter zu befinden haben, denn nicht bloß die verschiedenen Kategorien von Angestellten wählen ihre besonderen Vertreter, sondern es soll auch jeder Direktor sein besonderes Amt erhalten. Das ist eine recht unangenehme Resultierung der Arbeit. Die Arbeit allerdings noch weitere Anzeigen. Im Central Schiedsgericht würden die Vertreter der Angestellten und Arbeiter einer ganzen Eisenbahngesellschaft zusammenkommen. Es steht auch zu erwarten, daß die Gewerkschaft den weitest großen Teil der Vertreter zu den Schiedsgerichten stellen wird. Es mag ferner als günstig für die Arbeiter in Rechnung gestellt werden, daß viel größere Einfluß der öffentlichen Meinung in England, der die Unternehmer zwingen wird, den Wünschen der Eisenbahner doch möglichst weit entgegenzukommen. Alles dies wird aber den korporativen Arbeitsvertrag nicht erlösen können, da die Eisenbahngewerkschaft antreibt, das Verändern von Korporation zu Korporation. Richard Bell und seine Kollegen werden ihren Verhandlungen unterzeichnen, es ist aber sehr die Frage, ob dabei auf die Zustimmung aller Verbandsglieder rechnen können.

Vermischtes.

Das „älteste“ Innland. Der finnische Landtag hat, wie bekannt ist, in dritter Lesung den Gesetzentwurf von dem Verbot der Herstellung sowie des Verkaufs von Spirituosen im Lande angenommen.

Einmalher nach der Annahme des Gesetzes verdrängte der finnische Verein „Freunde der Mädelerei“ an alle seine Zweigvereine Telegramme des Inhalts, diesen Triumphzug durch Illuminationen und Volksfeste zu feiern. Über die Bevölkerung wurde außer diesen Telegrammen noch durch Extrablätter der Zeitungen und durch Plakate von der Annahme des Gesetzes herabgeschickt. Die letzten Zeitungen herab geschoben, wie das Volk sich auf die Entscheidung des Landtags beschließen hat. In S. Michel wurden morgens die Schulen geschlossen, um 2 Uhr mittags der ganze Land eingeeilt, und in einem öffentlichen Park wurde ein Volksfest arrangiert. Es erlöste allgemeines Jauchzen und Rufen: „Es lebe das nächste Innland!“

Sogar in vielen kleineren Orten und Städten fanden abends Illuminationen und Versammlungen statt.

Versammlungsberichte.

Eine öffentliche Versammlung fand am 27. Oktober in Auchenau statt. Genosse Frellich und Genosse Brodner erklärten sich mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden. Den Bericht vom Bezirkstag in Halle gab ebenfalls Frellich frei. Es wurde der Wunsch ausgeprochen, mehr Landtagstätigkeit zu treiben, sowie Einrichtungen für die geistige Ausbildung der Genossen auf dem Lande zu treffen. Von Freiburg waren mehrere Genossen anwesend. Genosse Schaller leitete die Versammlung. Die Arbeit der Gewerkschaft und Partei zu leisten habe. In Freiburg selbst ist jetzt eine große Unruhe bemerkbar geworden. Ingenieur wurden noch laut über das unzulässige Austragen des Volksbills. (1. 1.)

In Teufenthal und Erdobrunn fanden am 27. Oktober zwei öffentliche Versammlungen statt, in denen Genosse Frellich und Genosse Schaller referierten. Die Teufenthaler Versammlung beschloß, dem Genossen Frellich eine Sympathiegebung nach Oslag zu überreichen. (1. 1.)

Sozialdemokratischer Verein Bitterfeld. In der letzten Sitzung wurde die Verlesung der Beschlüsse der letzten Bezirkstagung. Eine Diskussion fand nicht statt. Ueber die Zeitungsfrage wurde im Abgeordnetenhaus von Genosse Blum eine ausführliche Angelegenheiten waren nicht zu erledigen. (2. 1.)

Büchermarkt.

Hausblatt für Holzarbeiter. Heft 11 des zweiten Jahrgangs, herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart.

Das Hausblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postämtern und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Albersstraße 43.

Schiedsrichter: Altkolb und Kinn. Von Dr. med. A. Hofmeister (Pfeifenhammer). 1. bis 10. Laufband. 32 Seiten. Octav. Preis 10 Pf. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abhelfer-Bund, Johannes Michaelis, Berlin O. 17, Lange Straße 11.

Die Form der Währungsreform ist ohne Zweifel eines derjenigen, bei welchem die geistigen Getränke beigetragen wird, ist es denkbar, nennenswerte Fortschritte in der Beurteilung des Alkohols zu erzielen. Hier es geht auch ein Weg dazu, die geistigen Getränke zu beseitigen und die Währungsreform in vorzüglicher Weise. Wir empfehlen jedem unserer Leser, einen Artikel für dieses interessante und lehrreiche Buch zu öffnen.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Roschitz in Halle.

Stadt-Theater Halle
 Direktion: Hofrat M. Richards.
Dienstag, den 12. Nov.:
 57. Ab. Vorstellung. 1. Viertel.
 Umtauschfahrten gültig.
Das Rheingold.
 Vorabend zur Teloie
 „Der Ring des Nibelungen“
 von Richard Wagner.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
Mittwoch den 13. Nov.:
 58. Ab. Vorstellung. 2. Viertel.
 Umtauschfahrten gültig.
 3. Vorstellung im Zyklus literarischer-
 wertvoller Novitäten.
Zum ersten Male:
Und Pippa tanzt.
 Ein Glasbühnen-Märchen in vier
 Akten von Gerhart Hauptmann.

Apollo-Theater.
 Direktion: Gustav Poller.
Montag d. 11. Nov.,
 zum letzten Male:
Lemoine
 in der farnosen urfomigen
 Burleske
 „Die weiße Dame“.
Stürmischer Lachterfolg!!
Morgen, Dienstag d. 12. Nov.
 Zum ersten Male:
Bimmel & Co.
Lemoine
 in der Hauptrolle.
 Außerdem:
Abdullah und La Superbe
 in dem pompösen Licht-
 schauspiel
 „Elektra's Traum“
 und der überaus
 grossartige Spezialitätenst.ell.

Mückenbergr.
 Schuhmacher u. Schuhwarengeschäft
 von Richard Hofmann
 empfiehlt sich der Arbeitererschaft
 von Mückenbergr u. Umg. bestens.
 Heisches Lager.
 Reparaturen prompt u. billig.

Kustentbonbon.
 100% frische Fabrikation. empfiehlt
 1/4 Pfd. zu 10 Pfg.

Fr. Donner,
 Gr. Steinstr. 68.
 Leipzigerstr. 65.
 Geiststr. 64.

**Spielwaren-,
 Puppen-
 Engroslager.**
 Ständige grosse
 Muster-Ausstellung.
 Billigste Bezugsquelle
 für Wiederverkäufer.
Adler & Co.,
 Halle a. S., Franckstr. 15
 am Riebeckplatz.

Sämtliche Spezialitäten in
 Seifen u. Parfümerien
 in jeder Preislage.
 kaufen Sie gut und vorteil-
 haft in der
Schwanen-Drogerie,
 Ecke Post- u. Leipzigerstr.
 Hoff neue Wäbmaschinen, Seife,
 Seifens, Seifenpulver mit Wasser,
 Seifen, Seife, Säbendfremt
 staumend billig sofort zu verkaufen
 Geisstrasse 21.

4 Korbmacher
 auf Geschoss-Körbe
 Drillinge
 Stück 4.60 Mark Sohn,
 sofort gesucht
Schmidt,
 Gr. Steinstr. 39, Leipzigerstr. 8,
 Frickestrasse 17.

Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
 habe ich Extra-Auslagen grosser Posten

Kleiderstoffe.

Dieselben sind teilweise für die Hälfte zum Ausverkauf gestellt.

Warme Blusenstoffe	75	Moderne Kostümstoffe	1.50
Meter Wert bis 1.50 nur	Pl.	Meter Wert bis 2.75 nur	M.
Moderne Kostümstoffe	1.25	Moderne Karos	1.00
Meter Wert bis 2.25 nur	M.	für Kinderkleider	Meter Wert 1.75 M.
Blusen-Sammelte	1.25		
Meter Wert bis 3.00	M.		

Hönicke, am Leipziger Turm.
 Mitglied des Rabatt-Sparvereins

Zeit. **Zeit.**
Dienstag den 12. d. M., abends 8 Uhr im Preussischen Hof
Oeffentl. Volksversammlung.
 Tagesordnung:
Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.
 Referent: Redakteur **Ab. Thiele**-Halle.
 Freie Diskussion für jedermann.
 Zu dieser Versammlung sind besonders alle Stadt-
 verordneten-Wähler eingeladen. Entree pro Person 10 Pfg.
Der Vorstand des Sozialdemokr. Vereins.

Zeit.
Restaurant von Oswald Grosse.
 Mittwoch den 13. November
Bock u. Skat-Schmaus
 Freundlichkeit ladet ein D. O.
Falkenhain Als Hauskünstler
 empfiehlt sich für
 Feiern u. Umg.
 Emil Pohl, Falkenhain.

**Ortskrankenkasse d. Bäcker, Böttcher,
 Brauer u. verw. Gewerbe zu Zeitz.**
Dienstag, den 19. Nov. abends 8 Uhr im Saale des Schützenhauses
statutengemässe Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes (1 Arbeitnehmer).
 2. Bericht des Aufsichtsrates, Genehmigung der Bilanz und
 Entlastung des Vorstandes.
 3. Festsetzung der Entschädigung der Jahresrevisoren.
 4. Wahl von drei Jahresrevisoren.
 5. Bekräftigung der Anstellung der beiden Kassenschaftern
 6. Berichtigungsberichte der hiesigen Ortskrankenkassen.
 7. Anträge und Beschlüsse.
 Die Herren Vertreter der Arbeitnehmer, sowie sämtliche Ver-
 treter der Versicherenden sind hierzu ergebenst eingeladen.
Der Vorstand, Robert Hellmann, Vorsitzender.

Konsumverein zu Merseburg
 und Umgegend, e. G. m. b. H.
Sonntag d. 24. November (Totensamstag) nachm. 2 Uhr
in der Gauburg in Merseburg
ordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1906/07,
 Bericht des Aufsichtsrates, Genehmigung der Bilanz und
 Entlastung des Vorstandes.
 2. Festsetzung über Verteilung des Reingewinnes.
 3. Wahl dreier Aufsichtsratsmitglieder und dreier Kassier.
 4. Festlegung über Ankauf eines Grundstücks.
 5. Anträge der Mitglieder nach § 41 des Statutes.
Nur Mitglieder haben Zutritt.
Der Aufsichtsrat, J. A.: Adolf Thieme.
 Geschäftsberichte sind vom 20. November an in allen Ver-
 kaufsstellen zu haben. Die Jahres-Bilanz liegt im Kantor
 zur Einsichtnahme aus. Mitglieder-Versammlungen finden statt:
 Mittwoch den 20. November (Sonntag) nachm. 8 Uhr in Sälen,
 im Arbeiter-Haus; in Teuditz-Pollwitz im Simoniden Gast-
 hof. Um zahlreichen Besuch bitten
Der Vorstand, J. A.: G. Röder.

Makulatur
 zu haben in der
 Genossenschafts-Buchdruckerei.

Ortskrankenkasse f. d. Schuhmachergewerbe
 zu Halle a. S.
Montag d. 18. November abends 8 Uhr im Galkhof Drei Könige
General-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Wahl dreier Revisoren für das
 Rechnungsjahr 1907. 2. Wahl der statutenmässig ausstehenden
 Vorstandsmitglieder. 3. Statutenänderung. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand:
 Heino Saender, Vorsitzender.

Eisleben. Eisleben.
Orts-Krankenkasse III.
Sonabend, den 16. November, abends 8 Uhr
in der „Bierhalle“
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vorstandswahl. 2. Wahl der Revisoren. 3. Beschluß-
 fassung über Erhöhung der Beiträge. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.
**Weinrichs Restaurant, Bülberger-
 weg.**
 Morgen Dienstag
grosses Schenktfest.
 Von früh 8 Uhr Weittelisch.
 Hierzu ladet freundlich ein
 Wilhelm Weinrich u. Frau.

S. Semlich's
Walhalla-Theater.
 Nur noch wenige Tage:
F. A. Heinhaus, Rechenkünster.
 Stausenergebende Leistungen.
 Höchste Anerkennungen seitens aller Gelehrten; sowie
Mlle. Claire de Vral
 L'eau (Wasser).
Pikant! Pariser Scetch = Prickelnd!
 und das übrige exquisite Programm.
 Jeden Mittwoch
 nachm. 4 Uhr: Vorstellung nur lebender Photographien
 mit stets wechselnd. Programm. Erwachsene 20, Kinder 10 Pf.

Biophon-Theater
 Grosse Uirio str. 57.
 Von 8 bis 10 Uhr abends ununterbrochen
Auftreten erster Künstler
und Künstlerinnen
 in Ton und Bild.
 Unter anderem: Prolog aus „Bajazzo“:
 Opernsänger **Sigmund Libau.**
 Arie aus „Tannhäuser“:
Königl. Preuss. Kammerängerin Ida Medler.
 Hoffmanns Erzählungen, Automaten-Arie:
Konigl. Opernsängerin Hedwig Francklin Kaufmann.
Komiker Robert S'eidl.
 Preise 4. Plätze inkl. städt. Billetsteuer u. Programm:
 Loge 1.50 Mk., I. Parkett 0.80 Mk., II. Parkett 0.50 Mk.
 Unternehmen vornehmsten Genres.

Warm gewärmte Joppen
 früher 16 Mark jetzt 11 Mark,
 früher 22 Mark jetzt 17 Mark.
Max Teuscher, Bahnhofsstr.,
 nur 20.

Elektr. Piano aut schalt, preis-
 wert zu verkaufen.
 Offerten unter 1250 an die
 Exped. d. Bl.

Morgen Dienstag
Ch. Lauchestein,
 Chr. Hüssner, Zeitz,
 Volgs- u. Parzellent-Geb.

Morgen Dienstag
Ch. Lauchestein,
 Edw. Krichler, Zeitz,
 Kofalaufträge.

Morgen Dienstag
Ch. Lauchestein,
 Job. Fischer,
 Gr. Golenstrasse 20

Morgen Dienstag **Schlachtfest.**
 Hebr. gr. Sofa u. rund Tisch
 blatt zu verk. Jakobstr. 48, 1. r.

Schneider,
 welche Änderungen und
 Reparaturen übernehmen,
somit gesucht.
S. Weiss.

Tüchtige Maurer
 bei 47 Pfg. Stundenlohn stellt
 sofort ein
 K. Günther, Architekt, Weissentals.

Sonntag abend im Neuen
 Theater (I. Rang) ein schw. Belg.-
 Boa abhandeln gefolmen. Der
 erkrankte Fänger wird gegeben,
 demselben findet gen. Behandlung
 abzugeben **Schmittgerter, 9, 1.**
 Ich warne hiermit jeden,
 nachzureden, daß ich Erate ab-
 gemaden hätte, da ich durch meine
 Berufung frei gekommen bin.
Max Schöndorf.

Anfichts-Postkarten empfiehlt
 Volksbuchhandl., Garz 42/43.

Sündensamtlige Nachrichten.
 Halle Süd, Steinweg 2, 9. Nov.
Aufgeboren: Dreher Thor-
 mann und Anna Oaie (Tor-
 strasse 23 und Ludwigsstrasse 50).
 Engelbitter Sauer und Clara
 Engelbitter (Ludwigstr. 12).
 Meyer und Charlotte Sandt
 (Weidstr.).

Schicksalungen: Schriftf. **Schiffes,**
 Müller und Margarete Berbig
 (Leipzig u. Weitzstr. 22).
Stell-
 moder Feilberg und Ida Bar-
 tholomäus (Hofstrasse 44 und
 Sülgenstr. 12).
Widrunder-
 Weidmayerjünger Rogelapper und
 Elisabeth Rieckha (Dresden und
 Silberbergweg 60).
Arch. Boer
 u. Maria Jung (Hofstrasse 44).
Arch. Schie und Anna Schmidt
 (Mühlstrasse 3).
Handlungsgehilfe
 Hegeler und Alwine Schulte
 (Ludwigstr. 30 u. Weingärten 30).
Geboren: Wilschusenfeldt,
 Werner T. (Schloßstrasse 12).
Seidenweber Wotke E. (Frei-
 schützstrasse 14).
Kaufmann
 Schüller Jw. L. (Krukenberg-
 strasse 26).
Former Opel
 (Weidstrasse 13).
Arbeiter
 Müller Zedler (Schloßberg 4).
Schmid Ritter S. (Poststr. 51).
Gestorben: Schloßers Wegl.
 C. 1. Woll. (Brudersdorfstr. 3).
Waldmüller Erlene E., 10 J.
 (Leipzigerstr. 18).
Witwe Emilie
 Thome geb. Wilsdorf, 65 J.
 (Weidenerstr. 10).
Witwe Berta
 Schwabe geb. Schiller, 83 J.
 (Charlottenstr. 1).
Arbeiter
 Lamber aus Döhlen, 56 Jahre
 (Bergmannstr.).

Salle-Nord, Burgstr. 88, 9. Nov.
Schicksalungen: Zeichner
 Gadeup und Helene Wodter
 (Dortmund und Hohenzollern-
 strasse 5).
Arbeiter Winger und
 Marie Hermann (Berlin und
 Gellertstr.).
Freiher Schubert
 und Marie Widel (Gellertstr. 5).
Arbeiter
 Wagner und Martha König
 (Hofstrasse 12).
Arbeiter Siedler
 L. (Gellertstr. 24).
Hofmann Made C. (Wilhelm-
 str. 4).
Arbeiter Wenzler T.
 (Hofstrasse 42).
Platz
 Schmidt T. (Hofstrasse 4).
Arbeiter Krieger S. (Gellert-
 strasse 45).
Gestorben: Zeichner Petzke
 T., 6 Woll. (Leipzigerstr. 12).
Brauer Wilschusenfeldt,
 (Weidstrasse 23).

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 11. November.

Betrachtungen über die Stadtverordnetenwahl.

II.

In der Sonntagsnummer war die Uebersicht veröffentlicht worden über den zehnten Teil der bürgerlichen Berufsgruppen an der Wählerzahl der dritten Klasse. Es zeigte sich, daß die 1944 in die Listen eingetragenen Wählerberechtigten sich zusammensetzen aus

- 10 692 Lohnarbeitern,
- 3 693 Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten,
- 1 894 Geschäftleuten,
- 1 189 Privatbeamten,
- 1 083 Handwerksmeistern,
- 480 Angehörigen anderer Berufs,
- 441 Lehrern.

Obdem wir die Lohnarbeiter nach den verschiedenen Berufen, so ergibt sich folgendes Bild: Es waren von den einzelnen Berufen als Wähler eingetragene und haben für die sozialdemokratische Liste, für die bürgerliche Liste oder nicht gemeldet:

Berufe:	Wahlberechtigter	eingetragene	bürgerlich	nicht
Arbeiter (ohne nähere Angabe)	3157	1423	261	1473
Barbiere und Friseure	115	10	23	82
Bäder	63	13	7	43
Bandagisten	3	—	—	3
Bergarbeiter	26	15	1	10
Bildhauer	19	7	2	10
Böttcher und Kürzer	58	28	3	27
Brauer	50	23	3	24
Buchbinder und Binder	63	20	9	34
Buchdrucker und Schriftsetzer	271	131	22	118
Dachdecker	39	21	3	15
Deputationsmänner	35	6	3	26
Färber	8	3	1	5
Fleischer	91	12	7	72
Fischer	3	—	—	3
Fleischerhelfer	6	3	—	3
Gewerkschaftsgehilfen	154	5	38	111
Gärtner	62	33	3	26
Gruben	77	4	19	54
Gold- und Silberarbeiter	44	8	6	30
Handels- u. Transportarbeiter	666	156	106	404
Handlungsgehilfen	565	28	177	360
Holzarbeiter	628	308	54	266
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	11	1	2	8
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	65	8	12	45
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	29	10	—	10
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	20	4	6	19
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	311	122	26	163
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	375	43	127	205
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	56	13	1	22
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	26	2	4	20
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	430	245	18	169
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	842	413	125	304
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	384	270	19	95
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	259	189	11	59
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	53	7	1	19
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	9	5	3	1
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	394	204	45	145
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	104	41	7	56
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	134	19	26	89
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	4	1	—	3
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	8	4	—	4
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	1	—	—	1
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	2	—	—	2
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	7	2	—	5
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	2	1	—	1
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	2	—	1	2
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	21	2	—	19
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	177	45	28	104
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	274	92	16	166
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	18	10	2	6
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	39	28	1	10
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	207	65	18	124
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	14	10	—	4
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	17	12	—	5
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	12	5	3	4
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	28	18	1	9
Leinwand- u. Wollwebereiarbeiter	172	92	9	71

Insofern hat vorstehende Uebersicht nicht Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit, da in einer Anzahl von Berufen, beispielsweise bei den Barbiere, Bädern, Fleischer, Metzger, Malern, Klempnern, Sattlern und Tapezieren, Schuhmachern, Schmieden und Schlossern aus der Wählerliste nicht genau ersichtlich ist, ob es sich um lebende oder Gewerbebetriebe oder um Lohnarbeiter handelt. Es mögen in den als Lohnarbeiter rubrizierten Bädern eine ganze Anzahl kleiner selbständiger Geizhühner hocken; doch wird die Statistik des Bades durch nur unwesentlich beeinträchtigt und der Wert der Uebersicht nur in geringem Maße vermindert. Endlich ist, daß 5169 Lohnarbeiter aber keinen sozial gleichwertigen kleinen selbständigen Gewerbebetriebe, die in den Listen als Wähler eingetragen waren, die Wahl ferngelassen sind. Das ist eine Zahl, die ernstlichste Beachtung verdient.

Außerdem ist in mehreren Berufen auch die geringe Anzahl der Wahlberechtigten. Wenn nur 68 Böttcher und 50 Brauer wahlberechtigt sind, so stehen diese Ziffern in gar keinem Verhältnis zur Anzahl der in diesen Berufen beschäftigten Arbeiter, die nach Alter und Einkommen das Wahlrecht besitzen könnten. Auch die Zahl der wahlberechtigten Metallarbeiter wird viel zu niedrig erscheinen. Es ist zu nötig sein, daß auf die Erwerbshilfe der preussischen Staatsangehörigkeit nicht mehr Nachdruck gelegt wird als es bisher der Fall war. Denn demnach ist es nicht möglich, die bürgerlichen Arbeiter in die Liste einzutragen, die bei der Wahl ferngelassen sind. Es sind, wie bereits ausgeführt, meist 5 bis 6 Gewerbetreibende, Gewerkschaftsmitglieder oder Arbeiter in Angelegenheiten. Das sind aber viele tüchtige Arbeiter und Angehörige der besten Klassen der Arbeiterklasse, die gewöhnlich gewöhnlich sind. Die Uebersicht, die diesen Angaben enthält, ist allerdings ein bedauerliches Zeichen von Mangelhaftigkeit und Mangel an proletarischen Bewusstseins. Die Entscheidung, sie seien „Beamte“ und hätten nicht sozialdemokratische wählen, ist abgemacht. Das eine große Zahl von Wählerberechtigten und Wählern gegenüber

bleibt hat, findet seine Erklärung darin, daß hier auch das die Kolonialisten der Staatsbürgerschaft bedienende Personal eingerechnet worden ist.

Der Schwerpunkt in der vorbereitenden Tätigkeit für die nächsten Stadtverordnetenwahlen muß darin bestehen, daß die Zahl der Arbeiterwähler vermehrt und die Zahl der Nichtabstimmenden vermindert wird. Zur Vermeidung der Wählerzahl stehen zwei Wege zur Verfügung. Erstens muß dafür gesorgt werden, daß die Wählerberechtigten bei Willkür der Wählerlisten unmöglich sind, und zweitens muß, wie schon gesagt, die Erwerbshilfe der Staatsangehörigkeit mit zwei größeren Nachdruck betrieben werden. Es ist eine ganz falsche Auffassung, wenn gemeint wird, durch Erwerbshilfe der preussischen Staatsangehörigkeit gebe man keine größeren Rechte als für die Wählerberechtigten. Einmal ist die Erwerbshilfe durch die Staatsangehörigkeit nicht zu vermeiden, und zweitens muß, wie schon gesagt, die Erwerbshilfe der Staatsangehörigkeit mit zwei größeren Nachdruck betrieben werden. Es ist eine ganz falsche Auffassung, wenn gemeint wird, durch Erwerbshilfe der preussischen Staatsangehörigkeit gebe man keine größeren Rechte als für die Wählerberechtigten. Einmal ist die Erwerbshilfe durch die Staatsangehörigkeit nicht zu vermeiden, und zweitens muß, wie schon gesagt, die Erwerbshilfe der Staatsangehörigkeit mit zwei größeren Nachdruck betrieben werden.

Besichtigungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Der Leitartikel vorliegender Nummer beschäftigt sich mit dem vor kurzem erschienenen Bericht der Besichtigungsanstalt der Provinz Sachsen auf 1906. Obwohl die Anstalt unserem Arbeiterssekretariate kein Exemplar des Berichts abgelassen hat wegen der „hohen Druckkosten“ sind wir doch in der Lage, das wichtigste aus dem Bericht mitzuteilen. Es empfiehlt sich die genaue Durchsicht des Artikels, der den reaktionären Geist erkennen läßt, in dem die Anstalt geleitet wird.

Und wieder der Lehrer Engel.

An der Volkshule in der Brunnenstraße wirkt immer noch der Lehrer Engel, dessen wiederholte Ausweisungen die Züchtigung von Schülern schon mehrfach Gegenstand der Verurteilung in Volksblättern gewesen ist. Am Sonnabend hat Engel wiederum den eifrigeren Knaben Paul Kraft mit einem neuen eben erst gehaltenen Prügel zu verurteilen, doch der ärztliche Befund ergeben hat: Zwei blutende Hautwunden auf dem linken Schläfenbein; die Umgebung dieser Verletzungen ist heulenartig geschwollen und auch bei leisem Druck äußerst schmerzhaft. Außerdem ist die ganze Gegend der linken Schläfe und die Gegend vorm linken Ohr geschwollen und sehr druckempfindlich.

Zu dieser barbarischen Züchtigung hat nach dem Zeugnis der Schulkameraden der Lehrer Engel gegriffen, weil der Knabe ein Wort nicht richtig gelesen hat. Wie der Ort der Verletzungen ergibt hat Engel das Kind mit dem Stiel über den Kopf und ins Gesicht geschlagen, was nichts anderes ist, als ein Knüttel mit einem neuen eben erst gehaltenen Prügel. Engel dürfte überhaupt keinen Stock führen. Der Knabe blutete heftig. Seine Wade war auf der linken Seite mit Blut getränkt. Statt aber durch diesen Anblick zur Besinnung zu kommen, rief Engel dem Knaben zu: „Eher dich nach, du Schwein!“ Und zum Schüler Knötze sagte Engel: „Wahse mal das Schwein draußen ab!“

Das ist nun schon der fünfte oder sechste Fall, der an die Öffentlichkeit gedrungen ist, abgesehen von den noch viel zahlreicheren Fällen, die der Öffentlichkeit unbekannt sind. Entweder ist Engel ein zu Mobilitätsreichen geneigter Charakter, dann muß er kurzerhand hinausgeworfen werden. Oder er ist nervös, dann muß seine Pensionierung umgestimmt erfolgen. Herr Schulrat Wendt hat sich nicht nur für ein größeres Unglück von dem Knaben, der sich nicht beherrschen kann, angegriffen worden ist. Wie er immer in dem Fall im vorigen Jahre, so Engel einen seiner Schüler in den Reib getreten hat. Der Knabe ist bald darauf gestorben. Nach dem Befund in der Klinik hieß es, der arme Junge habe ein Gehirn mit Reibe gehabt und daran sei er gestorben. Darauf ist Engel, der bereits zur Disposition gestellt worden war, wieder ins Amt getreten. Jetzt hat er sich wieder eine Ausschreitung zuschulden kommen lassen. Wie uns mitgeteilt wird, soll diesmal Anzeige erstattet werden. Auf den Ausfall derselben darf aber die Aufsichtsbehörde nicht warten. Einem Manne wie Engel muß ungeachtet der Möglichkeit genommen werden, ein Kind kaputt oder am Ende zuzuschlagen.

Im Volksblatt findet morgen, Dienstag, wieder eins der so beliebt gewordenen Familienkonzerte statt. Die Kapelle des Herrn Engelmann wird wieder eine Reihe netter Konzertsätze zum Vortrag bringen.

Die nächste Sitzung der Gewerbevereinskommission findet am Mittwoch, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Weißen Hof statt.

Die Wahlen der zweiten und ersten Klasse gelangen heute zum Abschluß. Die zweite Klasse hat am Freitag und Sonnabend gewählt; die erste Klasse der Altstadt wählte heute mittag zwischen 11 und 2 Uhr. In der zweiten Klasse wurden wiedergewählt die Herren Dr. med. Herzog und Justizrat Dr. Lemberg und Kandidat Paulsch mit je 1008 Stimmen, Gymnasiallehrer Dr. Bangert mit 1005 und Gerichtssekretär Dr. med. mit 1000 Stimmen. Neugewählt wurden Herr Lindner mit 738 und Maurermeister Reichardt mit 729 Stimmen. Auf die Herren Günter und Müller fielen nur 282 bzw. 280 Stimmen.

In der ersten Klasse sind diesmal neun Mandate zu besetzen. Das eine ist Halle-Rath ist bereits durch Wahl des Fabrikbesizers Engeler vergeben. In der Altstadt kommen in Betracht die Mandate der auscheidenden Herren Bankier Frenkel, Rentner Knabe, Sanitätsrat Dr. Meiss, Stüttemann, A. D. Reuß und Herr Knabe. Außerdem sind erledigt die Mandate der verstorbenen Herren Prof. Dittberberger und Fabrikbesizer David sowie des ausgeschiedenen Bauunternehmers Kallmeyer. Von den Auscheidenden sind wieder aufgestellt worden die Herren Knabe, Meiß und Reuß. An Stelle der ausgeschiedenen abtretenden Herren Frenkel und Knabe sind aufgestellt worden Bankier Kolberg und Amtmann Meißner. Die drei letzten Mandate sollen besetzt werden mit dem Maurermeister August Leben an Stelle Knabers, Industriellen Prof. Dr. Schmidt-Kimpler an Stelle Dittberbergers und Hotelier Kästelberger an

Stelle Davids. — In einer Versammlung der Christlichen am Freitag wurde nun mittels Stimmzetteln eine ansehnliche Mehrheit für den Reg.-Baumeister Höftele an Stelle Schmidt-Kimpler abgegeben. Was sich dann aber nach Abgabe der Vorschlagsliste viele Befürworter Höfdeles entfernt fanden, wurde durch nochmalige Abstimmung, für welche gar kein Anlaß vorlag, an Stelle Höfdeles Herr Schmidt-Kimpler endgültig aufgestellt. Darob große Entrüstung im Lager der Höfdelefreunde, die in Expedientenartikeln hiesiger Blätter ihren Krug Luft machen. Ein zu meint sogar, im Ansehen der liberalen Wählerklasse werde die erste Klasse nur steigen, wenn sie Höfdele wähle. Ueber die Wirkung ihrer Wahl auf die anderen Wählerkreise brauchen sich die Christlichen keine Sorge zu machen. Den anderen Wählern ist es völlig fernliegend, ob Höfdele oder Schmidt-Kimpler gewählt wird. Das Ansehen der Christlichen steigt weder durch die Wahl des einen noch durch die des anderen. Das Ansehen der Christlichen ist nämlich bereits so hoch, daß es gar keine Steigerung mehr vertragen kann.

Die studentischen Unterichtsferien werden in dieser Woche ihren Anfang nehmen. Die erste Zusammenkunft findet Freitag, den 15. November, 8 1/2 Uhr abends im Schulgebäude in der Hermannstraße statt. Alle diejenigen, die sich in die im Arbeitersekretariate ausliegende Liste eingeschrieben haben oder noch einschreiben wollen, werden ersucht, sich zu dieser ersten Zusammenkunft einzufinden. Es soll hier die Einleitung der Studien, die Festlegung der Lage für die Unterrichtsstunden usw. vorgenommen werden.

Zelbbaum und Kanalgrube. Nachdem am Freitag im Volksblatt die Notiz über die gefährlichen Pumpenwerke erschienen war, an denen bereits zahlreiche Arbeiter bei der Kanalverschärfung in der Dreyhauptstraße erkrankt sind, ist zwar am Sonnabend vormittag ungelöstlicher Fall aus den stehenden Kanälen getreten und damit vorübergehend der unerträgliche Gestank beseitigt worden, da aber die auf diese Weise desinfizierte Masse ausgeschleudert worden mußte, war nach Fischer Zeit der alte Zustand wieder vorhanden. Es mußte sich nicht wieder die alte Gefahr wiederholen. Die Arbeiter haben ein Recht zu fordern, daß sie bei einem städtischen Bau nicht ihre Gesundheit einbüßen.

Die Metallarbeiter der einzelnen Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren außerordentlich bemehrt und inhaltlich verbessert. Der organisierte Arbeiter im Metallarbeiter seiner Gewerkschaft über alle ihn zunächst interessierenden beruflichen Fragen Aufklärung. Sochen ist beispielsweise der Metallarbeiter auf 1908 für die Metallarbeiter erschienen. Am schmalen, einfachen, dauerhaften Einband enthält er Artikel und Tabellen über die letzten Reichstagswahlen, über die Entwicklung des Metallarbeiterverbandes, über Löhne und Arbeitszeiten in den vier größten Industrieländern der Erde, über Einkommen und Lebenshaltung der Arbeiter, über die Unfallgefahr in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, die Arbeitslosen der Gewerbebetriebe und eine sorgfältige Auswahl wichtiger Bestimmungen aus dem geltenden Rechte. Eine Abhandlung über Mensch und Maschine führt den Leser in das soziale Problem ein, und verschiedene Notizen, Zinsen- und Mietstabellen bieten ihm Gelegenheit, bei Bedarf sich Auskunft aus dem Kalender zu holen. Die Vergrößerung des Formates, die Erweiterung des Inhalts und die verteuerten Verfertigungskosten haben allerdings eine Erhöhung des Preises von 50 auf 60 Pf. nötig gemacht; doch wird der Absatz des Kalenders kaum darunter leiden.

Die Halle'sche Metallbauerei erzielte im vergangenen Jahre 211 621 Mark Reingewinn. Wären die Abschreibungen nicht sehr reichlich bemessen worden, so hätte sich eine noch höhere Summe als Reingewinn herausgestellt.

Ein Meteor von enormer Größe und tödlicher Farbe wurde hier am Sonnabend gegen 2 Uhr früh in der Richtung von Süd nach Nord beobachtet. Interessant war die Welligkeit und der leuchtende Ball des Meteorstrahlers. Meteor sind metallische oder felsene Sprengstoffe gerippenen Zylinderkörpers. Bekannt sind sie unter dem Namen Sternschnuppen. Kommen sie auf ihrem rastlosen Flug durch den Weltraum einem Planeten zu nahe, indem dessen Anziehungskraft größer ist als die des Meteors mitnehmenden Vertikalgeschwindigkeit, so wird das Meteor aus seiner Bahn gerissen, nähert sich mit immer größerer Geschwindigkeit dem ihm anscheinenden Weltkörper, und wenn sein Einfallswinkel nicht allzu groß ist, fällt er auf den Planeten und mit seiner Weltkugel hat ein Ende genommen. Soweit die Flugbahn des Meteors dagegen dem Planeten verhältnismäßig zu dessen Größe, so kann das Meteor mit kleinerer Geschwindigkeit an dem Planeten vorbeiziehen, ohne daß es dem gefährlichen Planeten entweicht.

Töblich verurteilt. Gestern in der zweiten Sitzung wurde durch der Urrechtsrat in der Reipsaerstraße ein etwa 40-jähriger Knabe vom Straßenbahnwagen 23 überfahren. Das Kind überlebte in Anwesenheit seiner Eltern die Strafe, wollte einem Knaben ausweichen und geriet dabei unter den Motor eines anderen Straßenbahnwagens, der ihn überfahren sollte. Das Kind wurde schwer verletzt und mußte in die Halle'sche Kinderklinik gebracht werden. Dem Knaben soll die Schädelleibe gebrochen worden sein. Verloren wurde er durch einen Kranenwagen nach der Klinik gefahren.

Die Feuerwehr wurde gestern abend gegen 6 Uhr durch Major am Reipsaer Thurm nach der dortigen Volkshaushalle zur Bekämpfung eines dort ausgebrochenen Brandes gerufen. Ein kurzer Zeitlang schon erlosch das Feuer mittels Handlöschapparates unterbrochen. Die mitgeführte Dampfmaschine brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

Aus dem Bureau des Stadt-Theaters. Die Neueinführung des Wagnerischen Ringgold wird am Dienstag voraussichtlich zum letztenmale gegeben. Eine nochmalige Wiederholung ist wegen der dann beginnenden Ferien abgelehnt worden. Der nächste Aufführungstermin ist für den 20. Dezember.

Aus dem Bureau des Hof-Theaters. Die weiße Dame geht heute, Montag, zum letztenmal in Szene. Am morgen, Dienstag, geht auch die inoffizielle Operette „Die Ute“, ebenfalls mit Vernein in der Dreyhauptstraße, zur Aufführung. Im Biographentheater, Nr. Ulrichstraße 57, fand am Sonnabend die Urrechtsratung über einen angeblichen Mordfall statt. Der hier im Jahre 1898 erlosch unter dem Namen des Biographentheaters die lebende Biographische Apparat auf die Verwendung geworbenen Personen sich nicht nur benehmen, sondern auch reden und singen, lachen und weinen. Das Biographische in Halle vorübergehend schon vorgeführt worden, aber als kein einziges Biographentheater ist das in Halle ein Unternehmen das erste in unserer Stadt. — Das in dieser Woche zur Aufführung gelangende Programm ist gewandt und bietet sehr hübsche Einzelfiguren. Natürlich ist der Klang nur auf eine Phonographenplatte fixiert und dann wiedergegebenen Stimmen nicht von beliebigem Klang. Schönheit und Klarheit, wie der direkte Vortrag; auch das Klängen und die

tung seiens des Angeklagten gehört hat. Der Angeklagte wurde freigesprochen, das Gericht nahm an, daß dem Beamten die Worte: Sie sind noch dummal in der Höhe des Gefechts unbekannt entföhren seien!

Wie wäre es aber geworden, wenn sich der Vorgang ohne Zeugen abgespielt hätte, oder wenn an Stelle des Studenten Arbeiter den Schußmann als geistig minderwertig bezeichnet hätten?

Stadtvordereordneten in unserem Verbreitungsbezirke.

Naumburg.

Ein interessanter Streit

Es geht hier zwischen dem Stadtvordereordneten Bartholomai und dem Dominanten Weder aus. Weder streitet sich darum, vor von ihnen wohl die besten Leistungen für das Wohl der Stadt zu verzeichnen. Wir teilen schon die Anfrage „mehrere besorgten Bürger“ darauf geantwortet. Besonders gehalten ist eine offene Briefe“ mit dem Herr Weder hat jetzt in einer öffentlichen Antwort nun grade nicht. Er befürchtet sich über die zwischen den Beiden enthaltenen persönlichen Angriffe und bezeichnet den Stadtvordereordneten Bartholomai als alleinigen Verfasser der Anfrage. Weder spricht der Herr seinen Dank aus für das Vertrauen (?), welches ihm die Wähler der dritten Abteilung geschenkt hätten und verspricht, im Falle einer Wahl Weder in die Stadtvordereordnetenversammlung zu bringen, die städtische Verwaltung selbstlos zu unterstützen usw. Professorell will der Herr Dominant nicht mehr führen. Das ist nach seinem eigenen „offenen Brief“ nur zu verständlich!

Auch der Stadtvordereordnete Bartholomai ist nicht müde. In der selben Kreisblattnummer bringt auch er einen offenen Brief. Darin wird behauptet, daß Weder ihn und den Stadtvordereordneten Weder (Bruder des Dominanten?) aus dem Kollegium bringen wolle, denn „sie seien die Schlimmsten“. Weder soll Weder (Dominant) gekündigt haben, eine Anzahl Stadtvordereordnete müßten durch andere ersetzt werden. Dem Dominant wird dann vorgeworfen, daß er Stadtvordereordnete beinhalten will um zu beeinflusst zu werden. Um geht das schöne Spiel dann noch eine Zeitlang fort. Zum Schluß fernerheißt Bartholomai das Verhalten Weders als „Interessentums“ und damit wird er doch recht haben.

Nach ein „besorgter Bürger“ meldet sich in einem Eingekommen. Der gute Mann gibt den Stadtvordereordneten den Rat, lieber weniger Prozesse zu führen, als in 16 (gegen den Dom) zu verlieren. Damit hat er ungewissheit recht, denn es sind doch immer nur die Einwohner, die den Schaden zu befehen haben. Aber auch dieser „besorgte Bürger“ scheint unter gewisser Beeinflussung zu stehen. Das beweist die ganze Form des Eingekommenes.

Was aber haben nun die Arbeiter aus diesen gegenseitigen Reibungen bürgerlicher Elemente zu lernen? Erfens, daß wirklich eine Anzahl Stadtvordereordnete durch andere ersetzt werden muß. Aber nicht durch solche der Richtung Weder, sondern durch Arbeitervertreter, die den bürgerlichen Herren ganz gewaltig in die Interessensphäre spielen. Herr Weder irtzt sich gewaltig, wenn er annimmt, daß er das Vertrauen der Wähler bezieht. Genuß, die Domarbeiter, angesichts und vom Dom abhängigen Geschäftsleute müssen ihn ja „Vertrauen“ schenken, denn sonst würden sie am längsten gewesen sein. Die zweite Lege für die Arbeiter ist, mit der gesamten Interessentumsfrage aufzukommen und am Wahltage nur solche Kandidaten zu wählen, die wirklich für die Interessen der Allgemeinheit eintreten. Das aber können nur die Kandidaten der Arbeiterpartei selbst!

Hofenmäulen.

In der dritten Abteilung wurde bei der Wahl am Freitag Vormittag der Herr Weder gewählt, während der zweite bürgerliche Kandidat mit dem Gewinnen Wähler zur Stichwahl kommt. Bei der Wahl hat es sich deutlich gezeigt, daß die Wähler eine viel zu kurze ist. 359 „angehörige“ Wähler sollten innerhalb einer Stunde für Wahlrecht ausüben! Viele Wähler haben wieder umfahren müssen, weil sie im Wahllokal keinen Platz fanden.

Als in der letzten Stadtvordereordnetenversammlung Genosse Feinold den Antrag stellte, die Wahlzeit zu verlängern und in die Stunden von 4-7 Uhr nachmittags zu verlegen, damit jeder Arbeiter, ganz gleich ob Tag- oder Nachtarbeiter, wählen könne, wurde der Antrag vom Magistrat beipflichtet und von den Stadtvordereordneten niedergestimmt. Bürger Feinold stimmte nur übermüdeten Augenblicken, hohen Klagen, kleinen Bündeln von Weintrauben, Erdbeeren und dergl. mehr und verteilte sie nach dem Umfließen der Abstimmten solcher Stellen durch Zertreten. Kleinliche Jagenscheiben wird man sich auch zu bedienen haben, um in die Häuten eingedrungenen Ohrwürmer zu vertilgen.

Den Kanonenspatzen ins Gemüth. Das nachfolgende Gedicht ist dem Jahre 1809 hinterlassen von Wetzlar. Es illustriert den Kanonenspatzen und bildet zugleich ein Dokument dafür, wie das Patriotismus damals über den Krieg dachte.

Wenn ich allmächtig wäre.

Ich ließ statt Blumen Andraut pflanzen,
Und Vorberren statt des heil'gen Saat;
Statt Sämlingen müßten Säbel wachsen,
Und Schlingen für den Kopfsaal.

Die Wehren müßten Kugeln tragen,
Baronen wuchern überall,
Und aller Nachtgallen Schlagern
Wußt' taufeln grimme die Trommelschall.

Als den Kartoffeln in der Erde
Koch ich die Bomben Gernemut,
Als Wägen tracht Granaten werfen,
Kartoffeln aus der Hürter Krut.

Statt Spargel müßten Bajonette
Neben dem Beet entpfeulen flieh,
Kanonen wuchern um die Bette,
Wie sonst die sanfte Gatte wuch.

Ich würde allen holden Wehen
Statt süßen Weines Bürgerblut,
Den Schalen Champagner geben,
Statt ihrer Woll trauern Wein.

Dann esset Bomben und Granaten,
Nacht Kugeln reichend Zündkraut,
Nehmt Helm und Säbel zu Salaten
Und laßt der Trommel in der Luft.

Statt Bomben euh, laßt Bajonette
In dranger Wägen schmacht sein,
Wacht auf im Ringelblum zu Bette
Und wachet im Gemüth ein.

Statt auch aus Eisen warme Mäde,
Statt Wägen auch im Wägen laßt,
Nicht lernst du ihr dem ihr Ende,
Woju Gott den Weiland euh gab.

meister Kühne dafür. Die übrigen „Vertreter“ der dritten Klasse erwiesen sich als sehr „liberale Fortschrittler“. Sie stimmten gegen den Antrag, den sie früher selbst einmal gestellt hatten! Der Erfolg ihrer Stadtvordereordneten wäre es dann auch aus gewesen!

Bei der diesmaligen Wahl haben nicht nur eine Anzahl Arbeiter (G.D.) ihre Interessen mit sich getreten, auch die Geschäftsleute stimmten ausnahmslos gegen aus. Einige waren sogar sehr als Schöpfer für die Bürgerliche tätig. Ob das Verhalten dieser Leute besonders günstig für sie wirken wird, bleibt abzuwarten.

Für die Arbeiter heißt es jetzt: Wartet zur Stichwahl! Das eine Mandat muß nun mindestens der Arbeiterklasse übergeben werden!

Die Stichwahl ist auf den 15. November von 9 bis 10 1/2 Uhr anberaumt worden.

Merseburg.

Nächsten Mittwoch von morgens 9 bis nachmittags 2 Uhr haben die Wähler der dritten Abteilung ihr Wahlrecht auszuüben. Die unter den Nummern 1 bis 1240 Eingetragenen wählen im Wahllokal, die von 1241 bis Schluß in der Reichstrasse. Für die dritte Abteilung kommen diesmal nur die regelmäßigen Ergänzungswahlen für die drei ausscheidenden Vertreter: Schöffemeier, Straußheim, Oberlandes-Sekretär Strüger und Relia. euh Range auf die Dauer von sechs Jahren in die Wahl. Während nur die bürgerlichen Interessentengruppen schon seit geraumer Zeit in allen ihren Vereinen und Kleinvereine die Agitation betreiben haben und sich nun, nachdem nach ihrer Meinung im gewissem Maße recht häufig und passiv zusammengekommen und zusammengeführt sind, auch in der Öffentlichkeit recht laut mit der Stadtvordereordnetenwahl befaßt hat es für die bürgerliche Arbeiterschaft fast den Anschein, als ob sie diesmal Genuß bei Fuß bleiben wollte. Das kann nicht richtig und für die Wahrung und Förderung der Arbeiterinteressen nicht dienlich sein. Auch würden sich die Merseburger Arbeiter, die noch vor wenigen Wochen im Kampf der Gewerbetreibenden so tapfer ihren Mann stellten, den Kameraden und Genossen allerorts gegenüber ein Unmuthgeheimnis ausweisen, daß sie nachgeben würde.

Welches sind nun die vermeintlichen Gründe, die diese Unwilligkeit und solche Meinung auskommen lassen könnten. Zunächst: Das mirgibtliche „Zerbrechen“ der „Bürgerlichen“. Daselbst tritt aber überall zu und trotzdem ist am 15. November der Kampf begeistert aufgenommen und geführt worden. Auch sind trotz des Zeitmangels doch für die Wahl der drei bürgerlichen Vertreter, trotz der Verhinderung und Terrorismus allerorts, noch die Wähler in der Stadt und außerhalb der Stadt erschienen. Im Jahre 1903 wurden als bürgerliche Stimmenabgab für die Arbeiter 1407 abgegeben, dagegen bei den Ergänzungswahlen 1905 schon 256 und bei den acht Jahre später statt kommenden Ergänzungswahlen gar 302, während die Arbeiter noch mit 430 bis 433 blieben. Auch gelangte damals unter Kandidaten die Wahl in die Stichwahl. Sollen sich also im Jahre 1907 wirklich nicht noch 1000 Stimmen mehr aufbringen lassen? Haben denn nicht in den letzten zwei Jahren die gewerbetreibenden Organisationsvereine um 200 Mitglieder zugenommen, daß nicht der Parteiverein eine Mitgliederzahl vergrößert hat, hat sich nicht die Zahl der Parteimitglieder um beinahe 200 erhöht? Oder sind etwa die städtischen Verhältnisse in den letzten zwei Jahren so viel besser geworden? Ist die Wohnungsnot gemindert, sind der Steuer euh verringert, sind die Wünsche des größten Teiles der Einwohner, der Arbeiter im allgemeinen auch nur im geringsten berücksichtigt worden?

Oder sollen etwa die Massen der Arbeiter in Merseburg wirklich von der „Freiwilligenarmee“ des Herrn Schwertmann-Willmann angezogen sein, die nach-befehl-Meinung in der Meinung beifolgt herrschen soll, weil die Gegner der Arbeiter aus einem „Arbeiter“, den Verfassungen der bürgerlichen „Arbeiter“, haben Männerweins mit zu den Genossen der Stadt herangezogen wollen. Daran kann wohl nur ein Wahnsinn oder ein Narr glauben. Auch sollen die Erfahrungen, die mit solchen „Arbeiter“-Vertretern an vielen Orten und nicht zuletzt in Merseburg selbst, gemacht worden sind, jeden Schwanzenden zum Nachdenken veranlassen. Oder sollte es schließlich auch gerade für die Arbeiterische die Kandidatenwahl gewesen sein, die berechtigten Anlauf bieten könnte, weniger energisch einzutreten. Gewiß, allen Wünschen des einzelnen wird niemals Genüge geschehen können, etwas wird stets auszuüben sein. Das mag auch bei den vorgeschlagenen Kandidaten, Schöffemeier, Straußheim, Strüger, Relia, euh sein. Und die Entscheidung, welche die gegnerischen Kandidaten vorzuziehen haben sollen, da sie zum Teil schon Vertreter waren, muß auch unser Kandidat. Aber wir schon lange Jahre Vertreter der Arbeiter in Kommunalangelegenheiten er hat dort Erfahrungen gemacht gesammelt, mehr, als manch einem angenehm gewesen ist. Auch hat er sich so betätigt, daß er sich auch die Meinung einzelner Gegner reichlich erworben hat und noch heute besitzt.

Alles das zusammengefaßt, muß für die Wähler der dritten Abteilung, um den Gewinn zu führen, auch diesmal alle Kräfte anspannen, um einen Sieg zu erringen. Jeder einzelne muß die kurze Zeit zur Agitation ausnützen und am Wahltage die Sämlinge und Vorberren übergeben. Sie mit fortsetzen für ihre eigenen Interessen zur Wahl der Arbeiterkandidaten. Besonders auch müssen die Wähler, die zu Hunderten im Braunkohlenbezirk des Gefeldes, in Annenborsch oder sonst auswärts beschäftigt sind, unter Umständen einige Stunden Arbeitsergebnis opfern und zur Wahl erscheinen.

Die Agitation von Mund zu Mund ist die beste, einer überzeuge den andern, damit der Schritt der arbeitenden Arbeiterklasse am Besten allen Gegnern und politischen Drahtziehern recht nachvollziehbare in die Ohren dröhnt und ihnen die Suppe ihrer Tadelreden-Küche die den Arbeitern den Genuß machen werden wollen, recht häufig verfallen werden. Fort mit allem Kleinmuth, fort mit allem Ehem und Aber, fort mit allen persönlichen Rührmuth! Die Solidarität, das gemeinsame Interesse, die geschlossene Einigkeit, muß auch in Merseburg den 13. November zu einem Tagestag für die Arbeiter machen!

Gerichtssaal. Strafkammer.

Salfe, 9. November.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Rester. Ankläger: Kessler Maurer.

Von den Verurteilungen der Rückfallbestimmungen. Ein wegen Diebstahls schon häufig mit Gefängnis und Zuchthaus bestrafter 40jähriger Schmieid aus Lillit, der seit im April d. J. aus dem Zuchthaus entlassen worden ist, bestrafe am 2. Oktober eine kleine Volksfestschau. Er hielt zwei erkrankten bei, lud sie aber für seine Festzeitigkeit dadurch schuldig zu halten, daß er der Verkäuferin beim Verkauf eines Manginarmaturlades ein fünfjähriges Kind wegnahm. Die Vertheilung erlaubte ihren Verlust erst nachträglich durch einen anderen Besucher der Halle. Der Täter wurde durch den Angeklagten zurückgeholt, indem er ihm schaltete, ihn mit sich hinauszuholen und in einer Kneipe Bier zu sich begabte. Dort erzählte er ihm, er könne nachhaken einen „Gemin von 2000 Mark“ machen und wolle ihm 8000 Mark davon abgeben. Der Kaffeehallenbesucher war aber nur aus Neugier zum dem Täter und seinen Begleitern mitgegangen; als sie außer Sicht erschienen, fuhr er in die Kneipe und machte Rausge. Die Verkäuferin lief aus Belorant, den Schaden eriegen zu müssen, dem Diebe nach und traf ihn in einem Garteladen, wo er das Geld zurückzahlte. Die Mark kommt dem fünfjährigen nun teuer zu stehen, denn die Strafammer verurtheilt ihn wegen Rückfallbestimmungen zu sechs Monaten Gefängnis.

Der Vater des fünfjährigen Kindes, ein Kleiner Kinde. Eine wegen Diebstahls schon zweimal bestrafte 33jährige Arbeiterin, die von ihrem Mann geschieden ist, nahm am 10. August dem vierjährigen Tochterchen eines hiesigen Bäckermeisters die Ohrringe aus den Ohren und ließ mit ihrer erstgenannten Tochter die Ohrringe an sich nehmen. Die Strafammer verurtheilt sie wegen der That zu drei Monaten Gefängnis.

Verewaltung eines Kindes. Ein schon 10mal bestrafte 40jähriger Arbeiter von hier ludte am Abend des 19. Oktober ein 13jähriges Mädchen in die Anlagen am Vorgarten, um dort an ihr unzüchtige Handlungen vorzunehmen. Der Verdacht wurde durch die Gegenwart von sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahre Gefängnis bestraft.

Verworfen wurde die Berufung eines Gastwirts, der vom Schöffengericht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war, weil er einen anderen Schweiß mit dem Verlust seiner Reklamation betrogen haben sollte. Der Angeklagte war wegen der Reklamation des Geschäftes falsche Angaben gemacht.

Erlaß mit seiner Berufung hatte ein hiesiger Arzt, der vom Schöffengericht wegen Verletzung eines Prekarsates zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Der Arzt sollte es unterlassen haben, einen Diphtheriefall bei der Polizei zu melden. Darauf erkrankte der Prekarat wegen der Verletzung des Prekarats in einem Heile die Krankheit als Denunziation, und zwar damit, daß er erst das Wort Anzeige hingehört, dann durchdringt und dann Denunziation darüber löste. Das Berufungsgericht erachtete die Ansicht der Verletzung nicht als vorliegend und sprach den Arzt frei.

Schöffengericht.

Brandstiftung durch Funkenflug. Der Lokomotivführer Emil Pöck und der Lokomotivführer Emil Pöck, die von hier waren angeklagt, am 10. Oktober d. J. um 11 Uhr durch zufälligen Ausbruch von Funken aus einer Rangierlokomotive einen Betriebswagen auf dem Lagerplatz des Holzgewerkschafts in Merseburg an der Delitzschstraße in Brand gelegt zu haben. Ausger dem Schuppen ging auch noch ein Wagen in Brand. Der Brandschaden soll sich auf insgesamt 1000 Mk. belaufen. Die heutige Verhandlung endete aber mit Freisprechung der Angeklagten. Nach dem Gutachten des Sachverständigen kann der Funkenausbruch durch Anziehen des Regulators entstanden sein. Es ist der Lokomotivführer zu verurteilen, in der Nähe von unzureichend Gehörten den Regulator ohne zureichende Veranlassung zu öffnen. Im vorliegenden Falle hätte aber eine solche Veranlassung vorgelegen. Die Lokomotive hatte etwa 8-10 Meter vor dem Lagerplatz anhalten müssen, um einen dort stehenden Wagen mitzunehmen. Ohne Anziehen des Regulators kann die Lokomotive nicht in Bewegung gesetzt werden. Auf dem Lagerplatz des Holzgewerkschafts liegt viel Holz umher; nach Auslage der beiden Angeklagten mitunter bis dicht an das Rangiergleis heran oder gar darüber hinweg. Dieses unüberlegende Rohr geriet durch den beim Anziehen des Regulators erfolgten Funkenausbruch in Brand. Das Feuer verbreitete sich mit Blitzgeschwindigkeit über den Holzhaufen bis zum Lagerplatz. In diesem befanden sich Arbeiterinnen, die schlafend schlafen mussten. Der Lokomotivführer kann vor deshalb mit angeklagt worden, weil er beim Vorbeifahren vor Ausbruch des Brandes einen ihm bekannten Arbeiter und dessen Lokomotivführer herbeigeholt, um nachher verurteilt worden, der Geier habe den Lokomotivführer, um die Arbeiterinnen zu retten, angeklagt, ein Ventil zu öffnen und durch das laute Geräusch die Mädchen zu erschrecken. Die Verhandlung ergab aber keinen Anlauf für diesen etwas romantischen Vorwand. In der Vertheilung wurde demgemäß der Lokomotivführer habe den Regulator notwendig öffnen müssen, um die Lokomotive wieder in Fahrt zu setzen. Für den durch das unüberlegliche Anziehen entstandenen Funkenausbruch und den daraus erlittenen Schaden könne er daher nicht verantwortlich gemacht werden. Den Geier trifft überhaupt keine Schuld.

Wegen Verewerlung mittels gefährlicher Werkzeuge waren ein Kaufmann, der hier, dessen Geier und deren Bruder ein Musikanten, angeklagt. Als ein Dreizehnjähriger eines Tages von dem Kaufmann Geld verlangte und beide über die Geschäftserbindung in Streit gerieten, schlug der Kaufmann nach einer beleidigenden Heftigkeit seinen Geier mit einem Stock über den Kopf. Dann kam die Geier in den Kampf und bereitete sich auf den Kaufmann zu. Der Kaufmann gewann wollte, einen Dieb mit dem Geier, der Musikanten ging mit dem Geier davon und stiftete Frieden. Und das alles auf der Straße. Der Dreizehnjährige ließ sich nachher ärztlich behandeln. Der Kaufmann wurde mit 40 Mk. Geldstrafe belegt und die beiden Väter angeklagt wurden freigesprochen.

Der leistungsfähige Chauffeur. Der Chauffeur Will Albrecht hier verkaufte im August d. J. einen Teil seiner Vörrer und fuhr dann mit dem Automobil seines Herrn, eines hiesigen Bankiers, ohne dessen Wissen nach Leipzig. Auf der unersahenen Reparatur wurde das Kraftfahrzeug so arg mitgenommen, daß Reparatur in Höhe von ziemlich 300 Mk. erforderlich. Auf einer andern Automobilfabrik geriet Albrecht in Konflikt und ließ sich von einem Schrankenwärter anweisen. Er fuhr während des Verablassens der Schranken noch etwas darunter war, wurde aber auf der anderen Seite durch die unglücklichen nichtglücklichen Schranken festgehalten. Der Schrankenwärter müßte allerdings hinausdringen und die Schranke wieder ermöglichen, sonst hätte der nur noch 150 Meter entfernte Zug ein großes Unglück anrichten können. Das Schöffengericht verurtheilt den noch unehelichen Chauffeur für seine leistungsfähigen Streiche zu sechs Monaten Gefängnis und wegen des Unfalls die Unterhaltung des Kraftfahrzeuges wegen fahrlässiger Gefährdung eines Lebenbetrügers.

